

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Ver kündigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr M. 6 (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 8

Herausgegeben vom  
**Deutschen Bauarbeiterverbande**  
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 5 M. für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet

### Deutscher Bauarbeiterverband.

#### Urabstimmung.

Wie in Nummer 25 des „Grundstein“ bekanntgemacht ist, haben der Vorstand und Verbandsbeirat beschlossen, daß vom 4. Juli an auf die Dauer von dreizehn Wochen ein außerordentlicher Beitrag zu zahlen ist. Gleichzeitig ist beschlossen worden, den Mitgliedern zu empfehlen, diesen außerordentlichen Beitrag über dreizehn Wochen hinaus — bis zur anderweitigen Festsetzung durch den Verbandstag — zu zahlen. Ueber diese Empfehlung, die den Mitgliedern als Antrag unterbreitet wird, soll im Wege der Urabstimmung entschieden werden. Es wird demgemäß beantragt:

**Die Verbandsmitglieder wollen beschließen, daß der vom 4. Juli dieses Jahres an laufende außerordentliche Beitrag für die Hauptkasse über den 3. Oktober dieses Jahres hinaus in Kraft bleibt, und zwar bis zu dem Zeitpunkt, den der nächste Verbandstag bestimmt.**

Die Abstimmung über diesen Antrag geschieht mittels Stimmzettel, worauf Ja oder Nein zu schreiben ist. Die Abstimmung soll durchgeführt werden an den beiden letzten Sonntagen im Juli; es steht jedem Verein frei, entweder den 24. oder den 31. Juli zu wählen; innerhalb eines Vereins darf aber nur an einem dieser Tage abgestimmt werden.

Ueber Größe und Beschaffenheit der Stimmzettel werden keine Vorschriften gemacht. Es genügt, wenn handliche weiße Zettel in genügender Anzahl ausliegen, worauf die Abstimmenden durch Ja oder Nein ihren Willen kundgeben können.

Die Vereinsvorstände haben (wie bei den Verbandstagswahlen) Abstimmungslokale und für jedes Lokal einen Ausschuss von 3 Mann zu bestellen. Es sind so viel Abstimmungslokale einzurichten, daß alle Mitglieder, die nicht aus persönlichen Gründen verhindert sind, an der Abstimmung teilnehmen können. Die Abstimmungszeit ist zwischen 9 Uhr vormittags und 3 Uhr nachmittags festzusetzen. Verbote ist Stimmzettel einzunehmen.

Die Abstimmenden haben sich im Abstimmungslokal vor Abgabe des Stimmzettels durch Mitgliedsbuch auszuweisen. In dem Maße ist vom Abstimmungsanschuss ein Vermerk über die Abstimmung zu machen.

Nach Schluss der Abstimmung hat der Ausschuss festzustellen und niederzuschreiben, wie viel Stimmzettel auf Ja und wie viel auf Nein lauten und ob und wie viel ungültige Stimmzettel abgegeben worden sind. Diese Niederschrift ist spätestens am andern Tage dem Vereinsvorstande sicher zu übermitteln.

Die Vereinsvorstände haben das Abstimmungsergebnis umgehend festzustellen, darüber eine Niederschrift anzufertigen und hieron umgehend dem Bezirksleiter eine Abschrift zu übermitteln.

Das Gesamtergebnis des Bezirks soll spätestens bis zum 15. August in Händen des Verbandsvorstandes sein.  
**Der Verbandsvorstand.**

### Bedarf es jetzt der Werbearbeit?

Viele unserer Verbandsmitglieder werden dies, und zwar nicht ganz mit Unrecht, für eine sonderbare Frage halten; denn die Werbearbeit soll eigentlich überhaupt nicht ausfallen. Jedes regsame Mitglied fühlt sich bei jeder nur gebotenen Gelegenheit verpflichtet, die Ausbreitung des Verbandes zu wirken, neugewonnene Mitglieder und andere, die es nötig haben, mit den gewerkschaftlichen Aufgaben vertraut zu machen sowie auch sonst mit Rat und Tat zur Hand zu sein. Da die Bauarbeiter ihre Lebenslage nur verbessern können, wenn sie sich in unserem Verbande zusammenschließen, so zieht der Verband allein schon durch sein Bestehen, durch seine erfolgreiche Tätigkeit einen großen Teil der Bauarbeiter an sich. Die Werbearbeit ruht also auch dann nicht, wenn die Mitglieder ihr zeit-

weilig nicht die ihr zukommende Bedeutung beilegen und sich ihrer weniger eifrig annehmen.

Bei vielen Bauarbeitern ist der Gemeinsinn aber noch nicht so weit ausgebildet, daß sie sich den übrigen Verbandsmitgliedern anschließen, ohne hierzu besonders angeregt zu werden. Sie genießen wohl gern die Früchte der Verbandsarbeit, überlassen es aber am liebsten andern, die hierfür nötige Mühe und Arbeit auf sich zu nehmen. Solche Leute sind selbst in heutiger Zeit noch häufiger anzutreffen, als man manchmal annehmen möchte. Da nun aber der Einfluß unseres Verbandes und die Erfolge seiner Arbeit wachsen und abhängen von dem Maße, in dem die Bauarbeiter in unserm Verbande einig und geschlossen zusammenstehen, so darf die Werbearbeit unter keinen Umständen vernachlässigt werden.

Einige Zahlen aus der Mitgliederbewegung sollen die Notwendigkeit einer verstärkten Werbearbeit des näheren zeigen. Zu Beginn des Jahres 1920 zählte unser Verband 423 953 Mitglieder. Diese Zahl stieg bis zum Schlusse des 1. Vierteljahres auf 459 544 und bis zum Schlusse des 2. Vierteljahres auf 495 087. Eine derartig hohe Mitgliederzahl hatte unser Verband bisher zu keiner Zeit erreicht. Im 1. Halbjahr hatte er 71 184 Mitglieder gewonnen. Dann ist leider ein Umschwung eingetreten. Die Mitgliederzahl sank im 3. Vierteljahr bis auf 488 516 und bis zum Jahreschlusse auf 465 744. Im 2. Halbjahr hat die Mitgliederzahl somit um 29 343 abgenommen; für das Jahr verblieb also nur ein Gewinn von 41 731 Mitgliedern. Diese rückläufige Bewegung hat auch im 1. Vierteljahr des neuen Jahres noch angehalten; denn dieses schloß mit einem Bestande von 458 061 Mitgliedern ab. Der Verlust betragte sich also in diesem Vierteljahr um 7683 Mitglieder. Im 2. Vierteljahr hat wieder eine langsame Zunahme begonnen. Nach der Arbeitslosen-zählung darf zu Ende des 1. Halbjahres mit einem Bestande von 470 000 Mitgliedern gerechnet werden, so daß für diesen Zeitraum ein Gewinn von 4000 bis 5000 Mitgliedern zu erwarten ist; ein sehr bescheidener Gewinn, wenn man ihn vergleicht mit dem Mitgliederzuwachs aus dem 1. Halbjahr 1920.

Aber noch mehr sind einige Angaben aus der eigentlichen Mitgliederbewegung geeignet, unsern um das Wohl des Verbandes besorgten Kollegen zu denken zu geben. Wie schon gesagt, begann das Jahr 1920 mit einem Bestande von 423 953 Mitgliedern. Dazu sind im Laufe des Jahres 195 173 neu eingetreten und 59 166 aus andern Verbänden übergetreten. Der Zugang beträgt somit 254 339 Mitglieder. Mit dem aus dem Vorjahre übernommenen Bestande hätten somit 678 292 Mitglieder vorhanden sein sollen. Am Ende des Jahres zählte der Verband aber nur 465 744 Mitglieder; es fehlten demnach 212 548 Mitglieder. Von diesem Verlust sind als unvermeidbarer Abgang nachgewiesen 60 937 Mitglieder, nämlich 2995 gestorbene, 56 394 an andern Verbänden übergetretene und 1548 ausgeschiedene Mitglieder. Zu dem als unvermeidbar zu bezeichnenden Abgang von 60 937 Mitgliedern kommen als vermeidbarer Abgang noch 45 925 Mitglieder, die wegen Beitragsrückständen gestrichen werden mußten, so daß ein Verbleib von 106 862 ausgeschiedenen Mitgliedern als nachgewiesen gelten kann. Der Rest im Betrage von 105 686 Mitgliedern ist dem Verbande wieder verloren gegangen, ohne daß der Verbleib nachgewiesen ist.

Wer diese Angaben zu lesen versteht, wird ohne weiteres erkennen, daß die Festigung des Mitgliederbestandes der Werbearbeit noch ein sehr weites Feld bietet. Für diese nicht besonders günstige Mitgliederbewegung gibt es verschiedene Ursachen. Es wäre daher verfehlt, sie allein in unzureichender Werbearbeit zu suchen. Vor allem ist dabei auch die baugewerbliche Geschäftslage zu berücksichtigen. Die eigentliche Bauaktivität, der Häuserbau, war im vorigen Jahre noch weiter zurück als in diesem Jahre. Vorherrschend waren Tiefbauarbeiten, Kulturbauarbeiten, oftmals als Notstandsarbeiten ausgeführt. Große Teile der dabei beschäftigten Arbeiter entfielen andern

Verufen und gehören dem Verbande nur so lange an, wie die Arbeiten dauern. Höchstens, daß sie bei erworbener Unterstützungsberechtigung im Falle von Erwerbslosigkeit noch die Unterstützungseinrichtungen ausnutzen. Die Klassenbewußten unter ihnen, die die Notwendigkeit der Organisationszugehörigkeit erkannt haben, schließen sich den zuständigen Verbänden an, wenn sie zu andern Verufen übergehen. Ein großer Teil aber bleibt der Organisation fern, die Arbeiter kümmern sich nicht mehr um ihre Organisationszugehörigkeit, bis sie auf einem Arbeitsplatze von regsamem Kameraden dem Verbande wieder zugeführt werden.

Dann darf auch nicht übersehen werden, daß die Werbearbeit leidet unter der Gegenarbeit übernatürlicher, kommunistisch beeinflusster Arbeiterkreise, die unsere Verbandsarbeit dem Diktum ihrer politischen Partei unterordnen möchten. Das führt auf den ganz unelastischen Verhältnissen. Der kameradschaftliche Verkehr leidet, die Versammlungen werden. Und dennoch darf die Werbearbeit nicht nachlassen. Die Unvernunft muß und wird überwunden werden. Der gute Gedanke der Unentbehrlichkeit eines starken Verbandes zum Schutze gegen weitere Verelendung, als Stütze für den Kampf um bessere Lebensverhältnisse muß obliegen.

Das eigentliche Baugewerbe beginnt allmählich wieder aufzuleben. Der Bedarf an Maurern und andern gelernten Arbeitern ist in vielen Gegenden Deutschlands kaum noch zu decken. Das ist die richtige Zeit für die Werbearbeit. Jedes Verbandsmitglied muß es als einen Mangel empfinden, mit unorganisierten Bauarbeitern auf der Baustelle zusammen zu sein. Zudem verlangt die Zeit, daß der Verband seinen Kampffonds stärkt, damit er den auf Verschlechterung der Arbeitsbedingungen gerichteten Gelüsten der Unternehmer gegenüber ausreichend gerüstet ist.

Neue Mitglieder gewinnen, Aufklärung verbreiten, Widerstrebende zur Opferwilligkeit begeistern, ist gegenwärtig die dringendste Notwendigkeit.

### Was sind Indeziffern?

Von Dr. Oskar Stillisch.

In allen Kreisen der Bevölkerung hört man jetzt das Wort Indez. Man spricht vom Großhandelsindez, vom Warenaudez, vom Lohnindez, vom Warenaudez. Was bedeutet das Wort in diesen Verbindungen? Zunächst nichts anderes als einen Anzeiger. Indizieren heißt anzeigen. Ein Preisindez zeigt den Stand der Warenpreise an. Er ist entweder Großhandelsindez oder Kleinhandelsindez. Der Warenaudez orientiert über den Stand der Warenaudez. Der Lohnindez ist eine Maßzahl, die die Höhe der Löhne zum Ausdruck bringt. In gleicher Weise ist der Warenaudez ein Maßstab für den Stand des Geldwertes in einem Lande.

Das Streben, die Preise der Waren auf dem Markt, die Kurse an der Börse, die Löhne und die Werten in einer einzigen Zahl zum Ausdruck zu bringen, hat einen tiefen Sinn. Sie erleichtert die Orientierung und bringt Ordnung in eine ungeheure Mannigfaltigkeit, in ein Gewirr von Einzelercheinungen. Nehmen wir als Erläuterungsobjekt die Preise des Großhandels. Sie stellen für die einzelnen Waren sehr verschiedene Größen dar, aber auch sehr verschiedene Bewegungen. So sind zum Beispiel die Preise künstlicher Düngemittel (Rali) jetzt stark gestiegen, die Preise der Fette (Margarin) zurückgegangen, die Preise wieder anderer Waren haben sich nicht verändert. Kein Mensch ist bei diesen sich kreuzenden Erscheinungen imstande, ein Bild von der Gesamtpreisbewegung in einem bestimmten Zeitpunkt zu gewinnen, wenn es nicht gelingt, alle Preise durch einen Kunstgriff zu einem einzigen Preis zu verschmelzen. Da es aber nicht möglich ist, die Preise aller Waren zusammenzugähnen und außerdem die einzelnen Waren für eine Volkswirtschaft sehr verschiedene

Wichtigkeit haben, so befolgt man sich damit, die wichtigsten herauszugreifen und zu einem Preisbild zusammenzufügen. Seht man nun die so errechneten Preise an einem bestimmten Zeitpunkt, zum Beispiel am 1. Juli 1914 oder am 1. Januar 1920 = 100, dann läßt sich von dieser Basis aus die Bewegung der Preise in der Folgezeit sichtbar machen. Wir bekommen damit eine Maßzahl für die Preisbewegung, eine Indexziffer. Sie trägt einen durchaus relativen Charakter. Wir erfahren durch sie, ob das Preisniveau gegen früher sich verändert hat, wieviel Punkte es höher oder tiefer liegt als vorher. Das können wir aus der Beobachtung einzelner Warenpreise nicht erkennen. Die Indexziffer aber ermöglicht diese Erkenntnis, und deshalb ist sie ein wichtiges statistisches Hilfsmittel ökonomischer Orientierung.

Die Aufstellung solcher Indexziffern ist nicht neueren Datums. So kombinierte als erster der englische Statistiker Sauerbeck die Preise von 45 Weltmarktartikeln und setzte ihren Durchschnitt für die Jahre 1867 bis 1877 = 100, um dann für jedes folgende Jahr eine Warenindexziffer zu errechnen, die die Abweichungen vom Normalstand der genannten Periode kenntlich macht und als Konjunkturbarometer allen Beobachtern des Warenmarktes dienlich leistet. Den neuesten Versuch, der in Deutschland mit der Feststellung von Indexziffern gemacht worden ist, verdanken wir G r u n f e i n. Seine in kurzer Zeit schon in vierter Auflage erschienene kleine Schrift führt den Titel: Die Indexzahlen (I) der „Frankfurter Zeitung“. (Verlag der Frankfurter Societätsbruderei.) Sie ist eine außerordentlich verdienstvolle Arbeit, von der nur zu bedauern ist, daß der Titel falsch ist.

Was die Prognose enthält, sind nämlich keine Zahlen, sondern Ziffern. Zwischen beiden Bezeichnungen besteht ein wesentlicher Unterschied, der in jeder Statistik Beachtung findet. Wir haben uns daran gewöhnt, bei allen Massenbeobachtungen die absoluten Größen als Zahlen und die relativen als Ziffern zu bezeichnen. Wir sprechen also von einer Geburtenzahl, wenn wir die absolute Zahl der jährlichen in einem Lande Geborenen meinen, von der Geburtenziffer, wenn wir errechnen, wieviel das pro 1000 der Bevölkerung ausmacht. Die Ziffer ist also im Gegensatz zur Zahl stets eine Prozent- oder eine Promillenzahl. Ebenso unterscheidet der Statistiker die Sterbeziffer von der Sterbeziffer, die Heiratszahl von der Heiratsziffer. Das gleiche gilt für die Preisstatistik. Wer hier lediglich relative Größen errechnet, wie die „Frankfurter Zeitung“ dies tut, darf nicht von Zahlen sprechen. Daher ist der Ausdruck „Indexzahlen“ nicht korrekt.

Die Beschäftigung mit den Indexziffern ist heute für jeden unerlässlich, der sich mit einiger Sicherheit über die großen Veränderungen der wirtschaftlichen Lage ins Klare kommen will. Die Wellen der großen Weltdeflation, das heißt vor allem des Abbaues der Preise in England und Nordamerika, schlagen bereits auch nach Deutschland herüber. Seit Beginn dieses Jahres ist die Indexziffer mit Ausnahme des Maiindex, der gegenüber dem April eine Erhöhung um 1,8 Punkte aufweist, in fortwährendem Abstieg begriffen. Seht man die Preise von 77 Großhandelswaren am 1. Januar 1920 = 100, so betrug der Warenindex am 1. Dezember 1920... 153,0 am 2. März 1921... 131,0 am 8. Januar 1921... 143,0 am 2. April 1921... 130,0 am 5. Februar 1921... 136,0 am 7. Mai 1921... 131,8 am 4. Juni 1921... 128,0

### Chylophenmauerwerk.

ATK. Das Chylophenmauerwerk, das in umfangreicher Weise namentlich für Gebäudewelle, ferner für Brücken, Ufermauern, Zäunereien und sonstige Ingenieurbauten Verwendung findet, wird aus röhrenförmigen hergestellt. Diese sind entweder lagerhaft, das heißt, sie weisen annähernd parallele Bruchflächen auf, oder es sind runde Rindlinge. Dazu kommen noch völlig unregelmäßig geformte Bruchstücke, deren Zahl bei Anwendung von Sprengmitteln natürlich vermehrt wird. Beim regelrechten Chylophenmauerwerk sollen die Steine auf ihr natürliches Lager gebracht, also nicht hochkantig gestellt werden, weil sie sonst abblättern und verwittern. Kleinere Steine benutzt man zum „Auszwiden“, damit zu starke Fugen vermieden werden.

Besonders schwierig ist die Ausführung des Mauerwerks mit runden Feldsteinen, da hierbei die Herstellung eines richtigen Verbandes nicht möglich ist; man verlegt die Steine in fettem Zementmörtel und läßt ihn und wieder einen größeren Stein als Binder tiefer in die Mauer eingreifen. Die Fugen werden bei diesem Mauerwerk sehr groß, so daß zahlreiche kleine Steine erforderlich werden, um die hohlen Stellen zu füllen. Die Schichtflächen bekommen einen nebartigen Charakter. Größere Rindlinge kann man auch gesprengen und die polygonalen Stücke zur Erzielung eines reizvollen abwechslungsreichen nebartigen Verbandes an die Schichtflächen bringen.

Bei Herstellung größerer Ingenieurbauten, wie Brücken, Stauwätern usw. ist die Fundierung des Chylophenmauerwerks mit größter Sorgfalt durchzuführen; namentlich bei Zäunereien müssen die Fundamente bis auf den gewachsenen Felsen geführt werden. Ist die Freilegung des gesunden, tragfähigen und hinreichend wasserfesten Felsens beendet, so müssen die faulen Felsabern ausgehauen und diese sowie alle Ritze und Klüfte mittels eines kräftigen Wasserstrahls ausgespült, gehörig gereinigt

Seht man den Friedenspreis gleich 100, so betrug der Preis Anfang 1920 1033 und am 4. Juni 1921 1386, das heißt, das Preisniveau im Großhandel steht heute um das 13,8fache über dem Niveau des letzten Friedensmonats. Sehr interessant ist auch die Feststellung, daß die Kleinhandelspreise sich viel zögernder und langsamer bewegen als die Großhandelspreise. Ein scharfes Sinken der letzteren hat noch lange keine entsprechende Bewegung der ersteren zur Folge. Daher eignen sich auch die Indizes für die Warenpreise des Großhandels nicht als Maßstab der Kosten der Lebenshaltung. Sehr zu warnen ist vor allem davor, die von verschiedenen Seiten (Kuczynski, Silbergleit, Calver, Glöckner usw.) errechneten Preisindexzahlen als korrekten Maßstab für die Verteuerung der Lebenshaltung anzusehen. Das gleiche gilt von den für 46 Gemeinden berechneten Preisindexzahlen des Statistischen Reichsamtes, denen ein nach Art und Menge genau umschriebener Preis wichtiger Lebensmittel (Normalration) für eine fünfköpfige Familie zugrunde liegt, wobei außer Lebensmitteln die Kosten für die Heizstoffe und Leuchtmittel und der monatliche Mietpreis für eine Wohnung mit 2 Zimmern und Küche eingerechnet werden. Die Verteuerungsziffer bezieht sich den Kostenbetrag, der für die erwähnten Lebensbedürfnisse monatlich aufzuwenden ist. Seht man die für 1913/14 ermittelte Verteuerungsziffer gleich 100, so stellt sie sich für den Monat März 1921 auf 901. Danach ist die Lebenshaltung heute um das Neunfache teurer. Aber die verschiedenen Versuche, solche Verteuerungsziffern zu ermitteln, führen zu recht verschiedenen Ergebnissen. Man hat dieses Material in einer Tabelle zusammengestellt. Die Berechnungen weisen derartig voneinander ab, daß ein Vergleich unmöglich ist. Die der Lebenshaltung zugrunde gelegte Basis ist eben so verschieden, daß es unmöglich ist, irgend eine von ihnen als Norm für Lohnfestsetzungen praktisch zu verwenden. Das Problem der Verteuerungsziffern kann daher bis jetzt als gelöst nicht betrachtet werden.

Das gleiche gilt von einem Generallohnindex. Ege die Statistik diese Aufgabe gelöst hat, müssen wir uns mit Teilindizes begnügen. Man hat für 11 Arbeitergruppen folgende Lohnentwicklung in Frankfurt errechnet: Friedenslohn = 100, Januar 1920 = 539, Mai 1921 = 1132.

Diese wenigen Beispiele mögen die Schwierigkeiten illustrieren, die mit der Feststellung von Indexziffern verbunden sind. Der Index für den Preis einer einzelnen Ware, wie Weizen oder Petroleum, läßt sich sehr leicht feststellen, ebenso der Index für den Lohn des Arbeiters eines bestimmten Gewerbes. Sobald man aber von derartigen Spezialindexziffern, die wenig besagen, zur Feststellung von generellen Indexziffern übergeht, bilden methodische und materielle Schwierigkeiten ein vielfach kaum zu überwindendes Hindernis. Das bis heute Gelfestete ist erst ein Anfang auf diesem schwierigen Gebiet, kein vollkommenes Präzisionsinstrument, sondern ein mit Vorsicht anzunehmendes Hilfsmittel bei der Bergfliederung der ökonomischen Lage der Gegenwart.

### Haupttarifamt.

In der gemeinsamen Sitzung der Haupttarifämter für das Hoch- und Tiefbaugewerbe am 3. März schlugen die Unparteiischen vor, daß zur Erledigung der Ferienfrage zwischen den Parteien der Reichstaxifahrt Verhandlungen stattfinden sollten. Diese Verhandlungen sollten nach der Generalversammlung des Arbeitgeberbundes im Mai beendet sein. Nach der Reichstaxifahrt für das Tiefbaugewerbe wollte

im Mai oder Anfang Juni eine Generalversammlung abhalten. Es wurde aus diesem Grunde zum 16. Juni ein neuer Verhandlungstermin angesetzt, wo diese Frage ihre Erledigung finden sollte. Die Verhandlungen zwischen den Parteien fanden am 22. März und am 22. April statt. Wir haben darüber im „Grundstein“ berichtet. Am 16. Juni sollte nun die Entscheidung fallen. Die Unparteiischen, die Arbeitgebervertreter und die Vertreter des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Hochbaugewerbe waren verammelt. Als letzter erschien dann auch ein Sekretär des Reichsbundes für das Tiefbaugewerbe und teilte mit, daß sich der Tiefbauverband an der Verhandlung über die Ferienfrage nicht früher beteiligen könne, als bis seine Generalversammlung gelagt habe; diese fände aber erst am 30. Juni statt. Er erlosche, die Sitzung bis Mitte Juli zu verlagern.

Herr Behrens vom Arbeitgeberbund für das Baugewerbe erklärte, daß er eine Entscheidung nur anerkennen könne, wenn der Vertragsbruch der Arbeitgeberverbände, den diese beim Abschluß des Tiefbauvertrages begangen hätten, beseitigt wäre. Die Vertreter der Arbeiter erklärten, sie wären sich keines Vertragsbruchs bewußt. Die gleiche Bestimmung wie im Hochbaugewerbe wäre bei den Verhandlungen auch für das Tiefbaugewerbe angenommen worden. „Es sei nichts weiter als der Schreibfehler eines Tippfräuleins“, der sich in die Vorlage eingeschlichen und unterschrieben wäre. Dies sei im Stenogramm sehr gut nachweisbar. Der Tiefbauverband wollte seine Generalversammlung vor dem 16. Juni abhalten. Daß er dies jetzt später tue und der Verhandlung fernbleibe, sei eine Verschleppung der Ferienfrage, die beachtlich sei, um auf diese Weise die Erledigung der Ferienangelegenheit zu durchkreuzen. Es wurde beantragt, zu entscheiden, wieviel Ferientage die Bauarbeiter noch für das Jahr 1921 zu erhalten haben. Diese Entscheidung sollte gelten für das Hoch- und für das Tiefbaugewerbe.

Nach Sonderberatung gaben die Unparteiischen folgende Erklärung ab:

1. Für das Tiefbaugewerbe: Die Unparteiischen für das Tiefbaugewerbe sind der Meinung, daß eine Entscheidung in der Ferienfrage nach dem Wortlaut des Tarifvertrages nicht verlangt werden kann. Ob der Wortlaut unrichtig ist, wie die Arbeitnehmervertreter ausgeführt haben, darüber hat das Haupttarifamt nicht zu entscheiden. Nach Ziffer 7 des § 9 des Vertrages für das Tiefbaugewerbe hat das Haupttarifamt nur die die Auslegung des Vertrages betreffenden Entscheidungen zu fällen.

2. Für das Hochbaugewerbe: Die Unparteiischen des Haupttarifamtes für das Hochbaugewerbe erklären den Standpunkt der Arbeitgeber, eine Entscheidung des Haupttarifamtes nicht anerkennen zu wollen, für nicht berechtigt. Die behauptete Vertragsverletzung der Arbeitnehmer gibt den Arbeitgebern nicht das Recht, sich ihrerseits den Pflichten des Vertrages, der trotz Kenntnis der Vertragsverletzung weder angefochten noch gekündigt, sondern trotzdem von beiden Seiten als verbindlich behandelt ist, zu entziehen.

Darauf erklärten die Arbeitgebervertreter, daß sie nicht mehr mitmachen würden. Sie verließen den Sitzungssaal. Am 17. Juni sollte eine Verhandlung des Haupttarifamtes für das Baugewerbe stattfinden. Vor Eintritt in die Tagesordnung gaben die Vertreter der Arbeitgeber folgende Erklärung ab:

Die Arbeitgebervertreter am Haupttarifamt für das Baugewerbe erklären unter Bezugnahme auf das, in dem gestern von den Herren Unparteiischen gemachten Vorschlag enthaltene Mißverständnis, daß durch ihre Anwesenheit in der heutigen Sitzung des Haupttarifamtes nicht geschlossen werden darf, daß der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe sich mit der Vertragsverletzung durch die Bauarbeiterverbände in der Gewährung günstigerer Bedingungen an den Reichsverband des Tiefbaugewerbes abgefunden haben. Die Vertragsverletzung wird nach wie vor aufzuheben angefochten. Der gefirgige Protest gegen die Erklärung der Unparteiischen wird im übrigen von uns heute noch schriftlich übergeben werden.

Nach längerer Beratung unter sich erklärten die Arbeitgebervertreter: Die Arbeitgebervertreter im Haupttarifamt für das Baugewerbe erklären: da die Arbeitgebervertreter gestern die

und mit Zementmörtel gefüllt werden. Um das Einbinden des Mauerwerks zu erleichtern, sind innerhalb der Gründungsohle die glatten Felswände aufzuräumen, die Fundamentsohle ist abzuspülen und mit Drahtbüchsen von allen Unreinlichkeiten zu säubern. Erst dann darf mit dem Aufsetzen des Mauerwerks begonnen werden.

Es ist vor dem Verlegen der Bruchsteine ein saftes Mörtelbett in der Weise zu bereiten, daß beim Verlegen unter gleichzeitiger Seitenwärtschieben des Steines oder unter Aufnahme des Hammers die Stößeigen neben dem bereits fertigen Mauerwerk in voller Höhe mit Mörtel gefüllt werden. Unter keinen Umständen dürfen die Steine mit offenen Fugen nebeneinander gelegt und nachträglich mit Mörtel ausgegletet werden. Das Verlegen großer Felsstücke ist mit Sorgfalt bei möglichst unregelmäßiger Lagerung besorgt zu bewerkstelligen, daß die Steine nach allen Richtungen unter sich verankert und verbunden werden. Bei jedem Stein ist das Mörtelebet der Lagerfläche so lange mit kleinen Steinen auszufüllen, als sich solche noch einreiben lassen. Die gutasgefüllten Stößeigen sind nach Möglichkeit so zu dichten, daß eine weitere Dichtung des Mörtels erreicht wird. Auf diese Weise entsteht ein Mauerwerk, das große Dichtigkeit und Widerstandsfähigkeit gegen Verwitterung besitzt. Wenn auch der vor der Aufmauerung herzustellende Stollen in der Regel kleinere Hochwässer abführen kann, so besteht doch immerhin die Gefahr, daß bei Hochwasser ein Ueberfluten der in der Herstellung begriffenen Mauer eintreten könnte. Es sind daher die Schichten stets an den Hängen anzufügen und nach der Mitte durchzuführen, so daß das Mauerwerk in der Mitte niedriger ist als an den Hängen. Hierdurch wird man das Hochwasser ohne Schaden für die Mauer und Hänge über die Mauer abführen können. Die Mauerabschnitte sind in senkrechter Richtung zur Mauer, an allen Stellen möglichst rechtwinklig zu den nachfolgenden Abschnitten der Mauer, und Minimal-Drucklinie anzulegen, so daß also die einzelnen Schichten allmählich

nach der Wasserseite hin abfallen. Die Bildung schädlicher Wasserfäden läßt sich dadurch vermeiden, daß zunächst jedesmal einige Schichten an der Wasserseite hochgemauert werden und dann allmählich nach der Wasserseite hin abfallend, fertiggestellt werden. Im guten Anschluß des benachbarten Mauerwerks zu erreichen, sind die zunächst höher geführten Teile einer Schicht mit nicht feiler als 1:1,5 verlaufenden Abstreppungen anzulegen, die vor dem Ansetzen neuer Mauerwerkssteine mit Wasser zu reinigen und auf das Vorhandensein loser Steine zu untersuchen sind. Im Interesse gleichmäßigen Sehens des Mauerwerks und zwecks Vermeidung feiner Ritze dürfen die Schichtenunterbrüche in den nebeneinander ausgeführten Mauerzeilen 2 m nicht überschreiten. Das Mauerwerk ist täglich mehrere Male an der Oberfläche und den Schichtflächen reichlich zu nässen. Zu diesem Zwecke empfiehlt es sich, über der Mauer eine Wasserleitung mit Hahnfüßen zu verlegen, an welche die zum Nässen zu benutzenden, mit feinen Pörschen versehenen Schlauche angeschlossen werden.

Ganz besondere Sorgfalt ist auf die Erreichung eines festen Verbandes des Mauerwerks zu legen, das den Hängen zu legen. Vor der Aufmauerung ist der gesunde, feste und dicke Felsen freizulegen und der, wo sich von Natur die nötige Unebenheit nicht darbietet, durch Einhauen von Stufen und Treppen auszugleichen. Dies muß hauptsächlich an solchen Stellen stattfinden, an denen das Felsunterlager steil ansteigt. In der treppenförmigen Felsoberfläche sind alle Ritze und Spalten mit Zementmörtel auszufüllen beziehungsweise auszufugen und, falls erforderlich, mit Beton auszufüllen. Auf diese Weise wird das Mauerwerk mit den Hängen fest verbunden und in der Regel gesichert, daß Störungen, die sich in tieferliegenden Felspartien bilden können, die Sicherheit der Mauer und Verbindung derselben mit dem Felsen nicht beeinträchtigen können.

Der Charakter des Chylophenmauerwerks, bei welchem die Steine ineinander verpannt sind, bringt es mit sich,

Erledigung der seit langer Zeit schwebenden Ferienfrage durch ihr Davonlaufen verhindert haben, können wir über die anderen Punkte der heutigen Tagesordnung erst dann verhandeln, wenn die Ferienfrage nach den Bestimmungen des Reichstarifvertrages für das Baugewerbe entschieden ist.

Nachdem sich die Arbeitgebervertreter unter sich beraten, gab Dr. Fröhner nachstehende Erklärung ab: Die Arbeitgeber erklären sich bereit, über die heutige Tagesordnung zu verhandeln und lehnen jede Verantwortung für die Folgen ab, die sich daraus ergeben, daß die Arbeitgebervertreter die Beteiligung verweigern.

Was die Ferienfrage anbelangt, erklären sie wiederum, daß ihre Erledigung nur eine einseitige für das gesamte Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbe sein kann und daß darüber vereinbarungsgemäß in der vereinigten Haupttarifamtstiftung für das Hoch- und Tiefbaugewerbe verhandelt werden soll.

Nach kurzer Beratung konnte Kollege Behrendt im Namen der Arbeitgebervertreter erklären: Die Arbeitgebervertreter sind in Uebereinstimmung mit der Erklärung der Herren Unparteiischen vom 16. Juni der Ansicht, daß die Erledigung der Ferienfrage durch das Haupttarifamt für das Baugewerbe zu erfolgen hat.

Die Vertreter der Zimmerer wiesen besonders darauf hin, daß ihr Verband am Tiefbauvertrag nicht beteiligt sei. Man könne ihnen keinen Vertragsbruch nachsagen. Sie verlangen nach wie vor Erfüllung des Vertrages auch in der Ferienfrage.

Bei Abschluß des den Hoch-, Betonbau und insbesondere auch den Tiefbau regelnden Reichstarifvertrages für das Baugewerbe vom 18. Mai 1920 war es uns bekannt, daß unmittelbar darauf mit dem Tiefbauverband ein Reichstarifvertrag für das Tiefbaugewerbe abgeschlossen werden sollte.

Bei sämtlichen Beratungen über die Ferienfrage haben wir betont, daß eine derartige Frage sich nur einseitig für sämtliche Unternehmungen des Baugewerbes regeln lasse. In der Sitzung der vereinigten Haupttarifämter vom 3. März 1921 haben wir unsere bisherigen Standpunkte in folgender Erklärung zusammengefaßt: „Der Deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe stellt auf dem Standpunkt, daß die Erledigung der Ferienfrage für das gesamte Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbe nur eine einseitige sein kann und daß die Verantwortlichkeit der beiden Reichstarifverträge in bezug auf die Ferienfrage nicht zum Nachteil des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe wirken darf.“

Das englische Arbeitsministerium hat vor kurzem einen sehr lehrreichen Band „Normale Zeittafeln und Arbeitsstunden in dem Vereinigten Königreich am 31. Dezember 1920“ veröffentlicht. Danach betrug die normale wöchentliche Arbeitszeit zum Beispiel im Baugewerbe in England und Schottland, durchschnittlich 44 Stunden, in Irland, teils 44 Stunden, teils mehr, und zwar bis zu 60 Stunden.

Die Steine müssen durchaus fest und gesund sein, sie dürfen weder Haarrisse, Rester noch Löcher, auch keinen feinen oder feinen Bruch beziehungsweise zündliche Klüften aufweisen. Bevor die Steine zur Verwendung kommen, sind sie von allen erdigen oder losen Bestandteilen durch Abschlagen mit dem Hammer, durch Abbürsten mittels Draht- oder Bürstbürsten und durch gleichzeitiges Sprengen mit einem kräftigen Wasserstrahl auf das sorgfältigste zu reinigen.

Das Proletariat ist der große Gestalter der Daseinsbedingungen. Es will das Leben bilden und formen, daß aus diesem wachsenden Dasein heraus einmal ein neues Menschengeschlecht entstehen kann.

Das Proletariat ist der große Gestalter der Daseinsbedingungen. Es will das Leben bilden und formen, daß aus diesem wachsenden Dasein heraus einmal ein neues Menschengeschlecht entstehen kann.

Minderung des Reichstarifvertrages für das Tiefbaugewerbe) erfüllen sollte. Diesen Antrag haben die Unparteiischen durch eine Erklärung beantwortet, durch die die unbestrittene Tarifverletzung sanktioniert und den Arbeitgeberern das Recht verweigert wird, auf diese Tarifverletzung zurückzukommen.

Die Unparteiischen verstanden nun, in Sonderberatungen mit den Parteien noch eine Verhandlung möglich zu machen, was aber nicht gelang. Sie setzten im Einverständnis mit den Parteien zum 12. Juli einen neuen Termin der vereinigten Haupttarifämter für das Hoch- und Tiefbaugewerbe fest, dem dann erst die Sitzungen der einzelnen Tarifämter folgen sollten.

Das englische Arbeitsministerium hat vor kurzem einen sehr lehrreichen Band „Normale Zeittafeln und Arbeitsstunden in dem Vereinigten Königreich am 31. Dezember 1920“ veröffentlicht. Danach betrug die normale wöchentliche Arbeitszeit zum Beispiel im Baugewerbe in England und Schottland, durchschnittlich 44 Stunden, in Irland, teils 44 Stunden, teils mehr, und zwar bis zu 60 Stunden.

### Bauarbeiterlöhne in England und Deutschland.

Das englische Arbeitsministerium hat vor kurzem einen sehr lehrreichen Band „Normale Zeittafeln und Arbeitsstunden in dem Vereinigten Königreich am 31. Dezember 1920“ veröffentlicht. Danach betrug die normale wöchentliche Arbeitszeit zum Beispiel im Baugewerbe in England und Schottland, durchschnittlich 44 Stunden, in Irland, teils 44 Stunden, teils mehr, und zwar bis zu 60 Stunden.

Die Unparteiischen verstanden nun, in Sonderberatungen mit den Parteien noch eine Verhandlung möglich zu machen, was aber nicht gelang. Sie setzten im Einverständnis mit den Parteien zum 12. Juli einen neuen Termin der vereinigten Haupttarifämter für das Hoch- und Tiefbaugewerbe fest, dem dann erst die Sitzungen der einzelnen Tarifämter folgen sollten.

Elektrizität und Unfallverhütung im Bauwesen. Für das gesamte Bauwesen haben die Technischen Messen in Leipzig in zunehmendem Maße interessante Ausstellungsobjekte geboten. Neben den Fabrikaten, die direkt den Arbeitsprozess beschleunigen, vereinfachen und verbilligen, werden auf den Ausstellungen auch Neuerungen vorgeführt, die indirekt für unsere Leser Wichtigkeit haben.

### Elektrizität und Unfallverhütung im Bauwesen.

Für das gesamte Bauwesen haben die Technischen Messen in Leipzig in zunehmendem Maße interessante Ausstellungsobjekte geboten. Neben den Fabrikaten, die direkt den Arbeitsprozess beschleunigen, vereinfachen und verbilligen, werden auf den Ausstellungen auch Neuerungen vorgeführt, die indirekt für unsere Leser Wichtigkeit haben.

Zur letzten Technischen Messe in Leipzig brachten nun die Deutschen Werke in dem Schuywald eine Neuerung zur Vorführung, die die Unfallgefahren dieser Welt beseitigt. Die Deutschen Werke sind eine Aktiengesellschaft, die mit dem Hauptsitz in Berlin W 9 nach privatrechtlichen Gesichtspunkten 13 jener Fabriken in verschiedenen Städten Deutschlands zusammenfaßt, die früher unsern militärischen Bedarf deckten.

Die bisher leider gerade in Arbeiterkreisen noch immer weitverbreitete Ansicht, unsere gebräuchlichen Hochleitungen seien ungefährlich, weil man sie mit „Überstromungen“ für 110 bis 220 Volt beschneidet, ist grundfalsch. Die hundertfachen Untersuchungen und Messungen von Professor Boronkoff sprechen in dieser Hinsicht ganz eindeutige Worte.

Daß die Zusammenpressung des eingebrachten Mörtels, je nach der zufälligen Lage der Steine, im allgemeinen nicht so groß ist, wie bei einem regelmäßigen, wogereichten Schichtenmauerwerk. Ein Teil des Mörtels wird daher in der ersten Zeit eine größere Durchlässigkeit zeigen, die aber mit der Erstarrung des Mörtels abnimmt.

Die Steine müssen durchaus fest und gesund sein, sie dürfen weder Haarrisse, Rester noch Löcher, auch keinen feinen oder feinen Bruch beziehungsweise zündliche Klüften aufweisen. Bevor die Steine zur Verwendung kommen, sind sie von allen erdigen oder losen Bestandteilen durch Abschlagen mit dem Hammer, durch Abbürsten mittels Draht- oder Bürstbürsten und durch gleichzeitiges Sprengen mit einem kräftigen Wasserstrahl auf das sorgfältigste zu reinigen.

Das Proletariat ist der große Gestalter der Daseinsbedingungen. Es will das Leben bilden und formen, daß aus diesem wachsenden Dasein heraus einmal ein neues Menschengeschlecht entstehen kann.

über den andern, nach Vernachlässigung des Ganzen zum Vorteile einzelner, wie es in den kapitalistischen Interessenverbänden der Fall ist.

Das Proletariat tritt für gesunde Arbeitsbedingungen und für die wirtschaftlich-soziale Gestaltung des Daseins, so verlangt es damit nichts als ein Stück dessen, das bereits einmal allen in vollen Umfangem sein wird: ein Stück seines Lebensrechts.

Das Proletariat tritt für gesunde Arbeitsbedingungen und für die wirtschaftlich-soziale Gestaltung des Daseins, so verlangt es damit nichts als ein Stück dessen, das bereits einmal allen in vollen Umfangem sein wird: ein Stück seines Lebensrechts.

über den andern, nach Vernachlässigung des Ganzen zum Vorteile einzelner, wie es in den kapitalistischen Interessenverbänden der Fall ist.

Und wenn sich auch die Proletariats als Kindern des Heute öfter der Egoismus durchdringen möchte: der proletarische Kampf als solcher ist frei davon. Der proletarische Zusammenschluß, der proletarische Streit, sie verlangen nimmermehr ein Einzelrecht.

### Sonnentwende.

Da strahlst du Sommerjohanneis Du lachst mir ins Herz hinein! Du hast den höchsten Stand erreicht — Der Wehmut wird mein Auge feucht.

Nach muß dich langsam scheiden sein Und denk an Werden und Vergehen Und an ein ewig Auf und Ab, Und ganz am Ende kommt das Grab.

O weine nicht, wenn in der Brust Dir mächtig schwebet Sommerlust Und wenn der Herbst kommt, sturmeschwerer, Und wenn es winternd um dich her.

Nein, weine nicht! Nach Winters Nacht Kommt herrlich wieder Frühlingssprache! Wenn auch dein müdes Auge bricht — Doch wiederkehrt das Sonnenlicht!

24. Rompe.

Stromstärke im Körper entscheidenden Einfluß aus. Außerdem kommen die sonstigen Umstände, wie Art des Stromes, Ein- und Austrittsstelle, Dauer der Einwirkung und persönliche Veranlagung, in Betracht. Namentlich letztere ist für die oft als „Tod durch Schreden“ aufgefaßte Todesursache die erklärende Ursache.

Nun muß leider mit einer Zunahme der elektrischen Unfälle gerechnet werden. Infolge des Krieges sind zeitweilig notgedrungen minderwertige Installationsmaterialien verwendet worden, die für die Unfall- wie Feuergefahr mitunter ihre Folgen noch zeitigen dürften. Dann bringt natürlich die an sich sich ausbreitende Verbreitung der Elektrizitätsversorgung eine Zunahme der Zahl der Menschen mit sich, die mit Stromführenden Teilen in Berührung kommen kann. Bei dem Schutzwandler handelt es sich um eine gefällige Vorrichtung, die von jedem Installateur bequem eingebaut werden kann. Im besten findet der Kleinanstelltransformator da seinen Platz, wo bisher der Schalter saß. Die Vorrichtung hat eine primäre und eine sekundäre Spule, die vollkommen von einander elektrisch getrennt sind. Infolge der Isolierung ist ein Uebersetzen der höheren Spannung auf dem Richtstromkreis (Sekundärkreis) ausgeschlossen. Im unteren Ende des Gehäuses des Schutzwandlers befindet sich ein Schalter doppelteig, die entsprechende Sicherung gegen die höhere Spannung. Durch die primäre Abschaltung werden Leerlaufverluste ausgeschlossen. Der Kunde braucht also keinen Leerlaufstrom zu bezahlen, und das Elektrizitätsnetz hat keine Verschlechterung seines Leistungsstandes zu befürchten. Eine doppelteigige Sicherung schützt sowohl den Transformator wie den angeschlossenen Leistungszweig gegen längere Einwirkung von Kurzschlüssen.

Der Schutzwandler wird für Leistungen von 25, von 40 oder 80 Volt und für Überspannungen von 380, 220, 190 oder 110 Volt, ferner für Lebensspannungen von 12, 14 oder 20 Volt hergestellt. Sonderwünsche können bei der Fabrikation berücksichtigt werden. Ein günstiger Wirkungsgrad ist dem Apparat eigen. Der Vorteil der Neuerung beschränkt sich nicht auf die Verhütung von Unfall- und Brandgefahren, sondern häufig lassen sich durch den Schutzwandler auch Ersparnisse an der Installation wie am Strom- und Lampenverbrauch erzielen. Im niedrigen Rahmen kann beim Einbau des Kleinanstelltransformators eventuell auch auf die bessere Art der Leistungsübertragung im Strahlengerät oder im Gebälge verzichtet werden. In Werksstätten vermag man infolge der guten, überall hindringenden Einzelbeleuchtungen der Arbeitsplätze und der Maschinen die Allgemeinbeleuchtung niedriger zu halten.

Ein großer Vorteil, den der Schutzwandler mit sich bringt, ist der, daß die kleinen zwölfpoligen Gasbohrlampen in der Umfassung wie im Stromverbrauch billiger als Gasbohrlampen gleicher Leuchtkraft für 110 beziehungsweise 220 Volt sind. Gleichmäßig ist zu bedenken, daß man durch diese Neuerung auch dem Lampenlichtschalt praktisch am besten entgegentritt. Die niedrigpoligen Lampen haben nämlich nicht nur andere Spannung, sondern auch andere Gewinde. Ist die Lichtschalt nicht so, wie die Arbeiter hat die Vermeidung des Lampenlichtschalts auch den Vorteil, daß für sie größere Betriebsicherheit erreicht wird, weil nicht alle Augenblicke die Wechselungsstücke fehlen, was bekanntlich im Bauwesen besonders verhängnisvoll wirken kann. Die hier kurz erwähnte Neuerung dürfte also mit Recht das besondere Interesse unserer Leser verdienen.

R. Max Grömpe, Berlin-Friedenau.

### Generalversammlung des Verbandes der Maler.

Der Verband der Maler, Lackierer, Antreiber, Tüncher und Weißbinder Deutschlands hielt vom 13. bis 18. Juni seine 17. Generalversammlung in Frankfurt a. M. ab. Neben geschäftlichen Angelegenheiten (Bericht des Verbandsvorstandes, des Ausschusses, der Schriftleitung, Ratung der Anträge zur Verbandsfassung usw.) hatte er sich mit einigen für die Gewerkschaftsbewegung sehr wichtigen Fragen zu beschäftigen: mit den Aufgaben der Gewerkschaften in Gegenwart und Zukunft, der Sozialisierung des Baugewerbes und der Schaffung eines Baugewerksbundes. Der Geschäftsrat, den Genosse Streine gab, zeigte, besonders wenn man die ungünstige Lage des Malergewerbes berücksichtigt, eine erfreuliche Entwicklung des Verbandes. Am Schlusse des letzten Jahres hatte er 54 000 Mitglieder. Das Verbandsvermögen ist von 525 000 M im Jahre 1918 auf 3 564 000 M gestiegen. Der Vorstand hat sich bemüht, bei jeder Gelegenheit die Interessen der Mitglieder zu vertreten, insbesondere hat er sich um die Beschaffung von Arbeit und den Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge bemüht. Er hat auch im Reichswirtschaftsrat und in den Völkerverhandlungen mitgewirkt. Mit den zentralen Lohnbewegungen hat der Verband im allgemeinen gute Erfahrungen gemacht. Seit 1919 konnten die Löhne mehr als verdoppelt werden. Der Reichsarbeitsvertrag selbst, in den vor dem Kriege von den Arbeitnehmern ungünstige Bestimmungen hineingebracht worden waren, konnte erheblich verbessert werden. Die Arbeitgeberverbände einzelner Städte und ganzer Landesteile spalteten sich aber von der zentralen Regelung ab, weil sie hoffen, dabei besser wegzukommen. Die Einführung von Ferien ist nicht gelungen. Der Vorstand habe gehofft, daß das Baugewerbe voraussehe. Zur Gründung des Verbandes sozialer Baubetriebe hat der Verbandsvorstand 100 000 M bereitgestellt. Von der kommunistischen Opposition ist auch der Malerverband nicht verschont geblieben, doch hat er darunter nicht in dem Maße zu leiden gehabt wie andere Verbände. Genosse Heirich gab den Massenbericht, Mark den Bericht der Schriftleitung, Klemme den Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses und Waer er über die Tätigkeit der Pressekommision, die von der letzten Generalversammlung eingesetzt wurde, die aber nennenswerte Ausbeuten an der Tätigkeit der Schriftleitung nicht zu machen hatte.

Die Aussprache über den Geschäftsbericht, die bis zum Mittag des zweiten Verhandlungstages dauerte, war verhältnismäßig ruhig und sachlich. Einige Kommunisten triffen zwar die Politik des Verbandsvorstandes und des

„Reinheits-Anzeiger“ an, auch einige andere Delegierte hatten einiges zu kritisieren; aber im ganzen zeigte der Verlauf der Aussprache, daß die Opposition gegenüber der letzten Generalversammlung (Wirzburg 1919) sehr stark an Gewicht verloren hatte. Das Ergebnis der Aussprache war, daß die Generalversammlung dem Vorstand gegen 6 Stimmen Entlassung erteilte. Der Vorstand wurde beauftragt, bei dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes dahinzuzuwirken, daß die von ihm aufgestellten 10 Punkte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durchgeführt und daß der Entwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes verbessert wird. Ferner wurde der Vorstand beauftragt, dahinzuzuwirken, daß im Malergewerbe Ferien eingeführt werden. Ein Antrag Berlin, dem Beirat des Verbandes die Mitbilligung auszusprechen, weil er den Vorstand ermächtigt hat, Mitglieder auszuschließen, die den Verband mit ihrer kommunistischen Agitation schädigen, wurde gegen 20 Stimmen abgelehnt.

Am dritten Verhandlungstage nahm die Generalversammlung zunächst einen sehr interessanten Vortrag des Landesgewerkschaftsrates Dr. Kölsch über die Beschäftigten im Malergewerbe entgegen. Sie forderte nach längerer Aussprache einstimmig das gesetzliche Verbot des Bleiweißes. Dann sprach Heine über den Bauarbeiter-schutz. Er forderte insbesondere die Anstellung von Baukontrolleuren.

Ueber die Aufgaben der Gewerkschaften in Gegenwart und Zukunft sprach Verbandsvorsitzender Streine. Er begründete eingehend eine vom Verbandsvorstand vorgelegte Entschließung, in der einleitend gesagt ist: Der Kampf des Proletariats für die Verwirklichung des Sozialismus und um den vollen Ertrag der Arbeitskraft erfordert den Zusammenschluß aller Kopf- und Handarbeiter ohne Unterschied der politischen Anschauungen und des Religionsbekenntnisses in demokratisch ausgebauten, zu höchster Aktionsfähigkeit entwickelten Berufs- und Berufsleiterverbänden. In der Entschließung wird vor unbedingten Aktionen gewarnt und die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nach wie vor als die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften bezeichnet. Weiter wird in ihr der Kampf gegen die sozialen Schäden der kapitalistischen Produktionsweise und die Aufrechterhaltung der Unternehmenseinrichtungen der Gewerkschaften als notwendig bezeichnet. Schließlich enthielt die Entschließung ein ausdrückliches Bekenntnis zur Antierdamer Gewerkschaftsinternationale und eine Verurteilung der von Moskau ausgehenden Bestrebungen, die organisatorische Selbständigkeit unserer Gewerkschaften zu untergraben. In der Aussprache über diesen Punkt der Tagesordnung wurde von einem großen Teil der Redner die schon beim Geschäftsbericht gepflogene Diskussion fortgesetzt. Von der Opposition wurde insbesondere die Politik der Arbeitsgemeinschaften, und zwar zum Teil mit durchaus zutreffenden Gründen, bekämpft und auch auf die Fruchtlosigkeit jener Gewerkschaftspolitik hingewiesen, die sich ausschließlich in Lohnkämpfen erschöpft. Allerdings wurden von der Opposition keine praktischen Vorschläge für eine neue Gewerkschaftspolitik gemacht, was der Vertreter des ADGB ausdrücklich feststellte. Das Ergebnis der ziemlich langen Aussprache über diesen Punkt war, daß die vom Verbandsvorstand vorgelegte Entschließung in namentlicher Abstimmung mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Ueber die Sozialisierung des Baugewerbes sprach der Geschäftsführer des Verbandes sozialer Baubetriebe, Genosse Dr. Wagner. Er empfahl den Gewerkschaften die Begehung neuer Wege. Neben ihren alten Aufgaben müßten die Gewerkschaften neue Aufgaben in Angriff nehmen, wenn sie wirklich die Lebenshaltung der Arbeiter verbessern wollten. Die Arbeitsgemeinschaften könnten die Arbeiter auf dem Wege zum Sozialismus nicht vorwärtsbringen. Die Gewerkschaften müßten sich Einfluß auf die Produktion und die Preisgestaltung verschaffen. Mit dem vom Gewerkschaftskongreß aufgestellten Grundsatz, daß die Gewerkschaften nicht Träger der Wirtschaft sein dürfen, müße gebrochen werden. Die Gewerkschaften müßten im Gegenteil Träger der Sozialisierung und der sozialisierten Wirtschaft werden, da man von der staatlichen und gemeindlichen Bureaucratie die gute Erfüllung einer Wirtschaft nicht erwarten dürfe. Im Baugewerbe sei zur Verwirklichung der sich aus der Sozialisierung ergebenden Aufgaben der organisatorische Zusammenschluß aller baugewerblichen Kopf- und Handarbeiter notwendig. Die Gewerkschaften dürften sich auch nicht scheuen, für die Sozialisierung Mittel bereitzustellen; denn diese Mittel seien durchaus produktiv angelegt. Sie dienten der Befreiung der Arbeiter aus den Fesseln des Privatkapitals und trügen erheblich zur Verminderung der Ausbreitungsgeschwindigkeit und zur Herabdrückung der Ausgaben für Unterhaltungen durch die Gewerkschaften bei. Dr. Wagner besprach dann eingehend die verschiedenen Formen der Sozialisierung und die von den Verbänden der baugewerblichen Kopf- und Handarbeiter geschaffenen Sozialisierungsorganisationen. In der Aussprache über diesen Punkt wandten sich die Kommunisten, die vorher eine neue Gewerkschaftspolitik gefordert hatten, gegen die Sozialisierung, wie sie von den baugewerblichen Arbeiterverbänden betrieben wird, insbesondere gegen die Vergabe gewerkschaftlicher Mittel zur Förderung der Sozialisierung. Hierbei stellte sich, wie schon so oft, wieder heraus, daß die Kommunisten besagen, sobald es Opfer zu bringen und praktische Arbeit zu leisten gilt. Die Kritik, die Agitation ist ihnen alles, die praktische Arbeit zur Verwirklichung des Sozialismus aber nichts. Die Generalversammlung ließ sich glücklicherweise nicht von der Auffassung der Kommunisten leiten. Sie nahm gegen etwa 20 Stimmen eine Entschließung an, die den Vorstand beauftragt, die Sozialisierungsbewegung auch weiterhin zu fördern und hierfür größere Geldmittel als bisher zur Verfügung zu stellen. Den Forderungen des Verbandes wird ebenfalls die Unterstützung der Sozialisierungsbewegung empfohlen.

Ueber die Gründung eines Baugewerksbundes sprach Genosse Streine. Er befandete in seinem Vortrag viel Sympathie für den Zusammenschluß aller baugewerblichen Kopf- und Handarbeiter, hob aber auf die Schwierigkeiten, die nach seiner Auffassung der Gründung eines Baugewerksbundes entgegenstehen, mit

Nachdruck hervor. Diese Schwierigkeiten sieht er einerseits darin — und hier handelt es sich um tatsächliche Schwierigkeiten —, daß mehrere Organisationen, auf deren Zugehörigkeit der Baugewerksbund unbedingt Wert gelegt müßte, wie zum Beispiel die Zimmerer, die Bauhofsarbeiter, die Zeichner usw., den Zusammenschluß bis jetzt abgelehnt haben, andererseits aber auch darin, daß die Maler in einer Einheitsorganisation eine Beschränkung ihrer Bewegungsfreiheit zu befürchten hätten. Insbesondere fürchten die Maler — und das gilt auch für andere Organisationen —, daß im Baugewerbe die gelehrten Berufsleute von den ungelerten majorisiert und an einem Fortschritt über die ungelerten Berufsangehörigen hinaus verhindert werden könnten. Im übrigen gab Streine einen rein sachlichen Bericht über die bisher geführten Verhandlungen zur Gründung eines Baugewerksbundes und über den heutigen Stand dieser Frage. Er empfahl schließlich eine Entschließung des Vorstandes, die sich mit der Gründung eines Baugewerksbundes grundsätzlich einverstanden erklärt unter der Bedingung, daß auch die anderen baugewerblichen Verbände der Gründung zustimmen und daß die einzelnen Berufsgruppen möglichst viel Selbständigkeit in der Gesamtorganisation haben. Kollege Ellinger, der unsern Verbandsvorstand auf der Generalversammlung vertrat, machte darauf aufmerksam, daß die Annahme dieser Entschließung tatsächlich einer vorläufigen Ablehnung des Baugewerksbundes gleichkomme, da auf eine Zustimmung der Zimmerer und einiger anderer Berufsleute in nächster Zeit nicht zu rechnen sei. In der Aussprache machte sich eine starke Strömung für die Vereinheitlichung der Arbeiterbewegung bemerkbar, aber diese Strömung war nicht einheitlich. Ein Teil der Delegierten wünschte den Zusammenschluß aller Gewerkschaften zu einer Einheitsorganisation. Andere Delegierte wünschten die Gründung des Baugewerksbundes unter den vom Vorstand des Malerverbandes gestellten Bedingungen. Ein dritter Teil sprach sich für den Fall, daß der Zusammenschluß aller baugewerblichen Kopf- und Handarbeiter vorläufig nicht zu erzielen sei, ohne weiteres für den Anschluß des Malerverbandes an den Deutschen Bauarbeiterverband aus. Entsprechend diesen Entschließungen waren auch Anträge aus verschiedenen Orten an die Generalversammlung gestellt. In einem Antrage Berlin wurde bedauert, daß der Generalversammlung nicht bereits eine Vorlage für die Gründung eines Baugewerksbundes vorgelegt wurde. Vom Vorstand wurde verlangt, daß er Schritte zur raschen Gründung des Baugewerksbundes unternähme. Dieser Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 71 gegen 41 Stimmen abgelehnt. (Da nach Mitgliedern abgestimmt wurde und eine Reihe großer Mitgliedschaften für den Antrag gestimmt haben, so verhielt sich das Abstimmungsergebnis etwas ungenügend dem abgelehnten Antrage.) Schließlich wurde einstimmig die vom Vorstand vorgelegte Entschließung mit einem Zusatz von F o r n n, Hamburg, angenommen, der besagt, daß, wenn die Verhandlungen mit den jetzt noch nicht beitretenen Verbänden über die Gründung des Baugewerksbundes keinen Erfolg haben sollten, die Schaffung einer Einheitsorganisation angestrebt werden solle. — Mit der Entschließung der Generalversammlung der Maler ist die Gründung des Baugewerksbundes bis auf weiteres abgelehnt, wenn nicht die Mitglieder der heute noch widerstrebenden Verbände auf eine andere Entschließung drängen. Die Generalversammlung beriet schließlich noch die Anträge zum Statut. Sie hat, das muß man anerkennen, in 6 Tagen eine große Menge Arbeit geleistet.

H. Ellinger.

### Völkisch-wirtschaftliche Wahrheitsliebe.

In unserer Schriftreihe erschien vor etwa 2 Wochen eine dreigliedrige Kommission, um uns nachstehenden Schriftgut freiheitlich zu überreichen. Leider war der Schriftleiter nicht anwesend, so daß eine persönliche Aussprache nicht möglich war, sonst hätte man den Überbringern ihre schiefhe Betrachtungsweise gleich erklären können. Der Schriftsatz lautet: Ort der Handlung: Bauwiese, „Bauwohlf“, Glatzmoor. Zeit: 1920—1921. Im Februar 1920, im Lokal Pupp, Brennerstraße in Hamburg. Anwesend: arbeitslose Mitglieder der Genossenschaft „Bauwohlf“. Geschäftsführer Hellmann: „Wir haben die Vorarbeiten im Glatzmoor übernommen, wir unsere Genossen Arbeit und für Hamburgs Arbeiterchaft billigen Lohn herzustellen. Lohn: Hamburger Hochbauhohn; dazu für Verzeitelte die am Ort gezahlte Familienunterstützung. Verschiedene Vergünstigungen seitens des Kriegsvororgansamtes, als da sind: mehr Brot als im Stadgebiet, Süßmilch, kondensierte Milch und anderes.“

Die Bauarbeiter Hamburgs gingen in guter Stimmung an die neue Arbeit. War doch alles durchgehen von dem Geiste der Sozialisierung, so wurde eine gute Arbeitsleistung erzielt. Nach kurzer Zeit: Abzug der 2 Dozen Sonderfertige Milch pro Woche und Mann durch das Kriegsvororgansamt. Im Sommer 1920 Abzug der Familienunterstützung durch das Arbeitsamt. Hierauf große Enttäuschung bei der Belegschaft und Wahl einer Kommission zur Verhandlung mit Hüfmeier. Verfügung von Hüfmeier: Unterstützung wird weitergezahlt.

Herr Oberbaurat Wulff: „Der Lohn wird zu teuer; es muß im Accord gearbeitet werden.“ Die Belegschaft beschließt nach langem Sträuben, im Accord zu arbeiten.

Herr Oberbaurat Wulff: „Für die Trockenarbeit kommen Vürjorgegüllinge in Betracht.“ Belegschaft: „Wir arbeiten nicht mit Böglingen zusammen. Der Verband muß eingreifen.“ Deutscher Bauarbeiterverband, Bezirksverein Hamburg: „Kollegen, benötigt Euch! Wenn es soweit ist, werden wir schon eingreifen.“ Oberbaurat Wulff stellt Böglinge ein. Deutscher Bauarbeiterverband, Bezirksverein Hamburg: „Nach dem Paeploen seine Zustimmung gegeben, Senator Krauß befürwortet hat, können wir nichts unternehmen.“ Belegschaft stellt resigniert fest: wir sind verraten und arbeiten mit Böglingen zusammen.

Oberbaurat Wulff: „Für Tagelohnarbeit kann nur ein Stundenlohn von 6 M gezahlt werden.“ Abermals große Enttäuschung bei der Belegschaft. Lohnreduzierung. Verband muß eingreifen. Lange Verhandlungen zwischen Belegschaft, „Bauwohlf“, Deutschem Bauarbeiterverband und Kriegsv

verorgungsamt. Belegschaft: „Wir halten am Hamburger Hochbauhof fest.“

geperrt. Lebt Solidarität! Sammelt auf jeder Baustelle und in allen Betrieben.

Wenn Volksgewissen den Mund öffnen zum Reden oder die Feder ansehen zum Schreiben, dann kommt entweder eine große Lüge oder höchstens eine halbe Wahrheit zum Vorschein.

Wahr ist, daß alle Bauarbeiter, also auch unsere 1600 Mitglieder, von der Ausperrung betroffen sind wegen Lohnfristigkeiten.

Nach dem Genus der vorliegenden Epistel tat es uns doppelt leid, daß Kollege Weggerow uns nicht angetroffen hat.

Wir hätten ihm sonst mündlich mitteilen können, was wie nun durch den Grundstein besorgen müssen.

Nämlich, daß wir ihm Wünsche leisten müssen, daß wir ihn stärker für einen halbwegs verständigen und anständigen Volksgewissen hielten.

Wir glauben, er sei so verständig, daß er als Bauarbeiter einen Fortschritt von einer Baustelle übersehen könne.

Wir haben weiter angenommen, er sei verständig genug, um zu wissen, daß auch ein Gewerkschaftsbetrieb und auch eine Gewerkschaft mit einer Arbeitsanstellung nichts erreichen kann, wenn es dem Auftraggeber, also dem hamburgischen Staat, darum zu tun ist, gerade diesen Betrieb stillzuliegen, weil die von Weggerow selbstgenannte Bedingung, billigen Lohr für die Bevölkerung herzustellen, nicht mehr zu erfüllen ist.

Wenn dieser staatliche Fortschritt einen Stundenlohn von 7,20 M zahlen soll, während in nächster Nachbarschaft Privatunternehmer nur 4,50 M zahlen, so hört entweder die Konkurrenzfähigkeit des Betriebes auf, oder die in dem Betriebe Beschäftigten müssen durch ungeheure Mühseligkeit den Preisunterschied wettmachen.

Da Weggerow nun nicht behaupten kann, daß diese Preisfestsetzung, entsprechend dem höheren Lohn, vorhanden war, verweigert er das Bestehen dieser Betriebe ganz.

Ist das anständig? Ist es weiter anständig, den verbandsbuchführenden Bauplan mit in diese Angelegenheit hineinzuziehen, der während einer Meise nur durch Zufall aus einer Zeitung etwas von dem ganzen Vorgang erfahren hat?

Ist es anständig, so zu tun, als ob die Sozialisierung darin bestehen müsse, keinen Gruppen von Arbeitern einen Stundenlohn dauernd zu garantieren, der weit über den Lohn in gleichartigen Privatbetrieben hinausgeht?

Wir verstehen unter Sozialisierung in erster Linie Arbeit zum Wohle der Allgemeinheit. Der einzelne Mensch oder die einzelne Gruppe kommt erst nach dem Gange zur Geltung.

Ist es anständig, von einem Arbeitsnachweis der Bauarbeiter zu reden, wenn man genau weiß, daß dieser Nachweis partiell verwaltert wird und dem staatlichen Arbeitsamt unterstellt ist?

Und dann die Sache mit den Firzörgeplänen. Es ist jedenfalls eine Moral, die nur den Volksgewissen eigen ist, wenn man bei Gelegenheit von Russen gerade die „schweren Jungen“, Gelbschwarzknäueler und verwandte Berufsgruppen, zur „revolutionären“ Tätigkeit in die vorbestimmte Linie stellt; wenn man den brutalsten Mäurerhauptmann als den größten Vertreter des Proletariats bezeichnet und zugleich gegen die gemeinsame Arbeit mit Böglingsen Einspruch erhebt.

Warum das? Waren die jungen Böglinge noch nicht „leib“ genug? Wir sind der Ansicht, daß es für diese Jungen, die einmal das Unglück hatten, zu streichen, nur gut sein kann, leblich und seelisch, wenn sie in freier Luft beschäftigt werden.

Dabei ist es eine reine Zweckmäßigkeitsfrage, ob es richtig ist, sie beim Forttrotzen oder an anderer Stelle zu beschäftigen. Nach den Worten Weggerows muß man annehmen, er wünsche diese Böglinge aus der Welt zu schaffen.

Warum wir uns mit dieser einseitigen Epistel so lange beschäftigen, wird mancher Leser fragen. Nun, um an diesem Beispiel zu zeigen, wie feindselig volkshoheitliche Agitatoren jede passende und unpassende Gelegenheit benutzen, um den Verband im Ansehen seiner Mitglieder herabzusetzen.

Was sie dabei, wie ein natürlich gewordener Grund, sich in den eigenen Schmutz begeben, ist nicht ihre Absicht, sondern ihre Unfähigkeit. Im übrigen gehören sie zu den Leuten, die allerlei Klischees hätten, von ihrer eigenen volkshoheitlichen Türe zu sehen, wie wir in den nachstehenden Zeilen zeigen werden.

Aus einem Mundschreiben der Reichsbereichszentrale der KPD, datiert vom 3. Mai, entnehmen wir, daß die Partei nicht in der Lage ist, die Opfer der Märzkämpfe in Mitteldeutschland zu unterstützen, daß sie deshalb betriebsweise Klagen an ihre Parteifreunde richten muß, um sie zur Selbsttätigkeit zu veranlassen.

Neben dem politischen und moralischen also auch der finanzielle Bankrott. Weiter bespricht sich die Zeitung darüber, daß die Fraktionsbildung in den Bauarbeiterorganisationen nicht genügend Fortschritte mache, und daß der Betrieb kommunistischer Literatur nur sehr langsam sei.

Zum Schluß wird bemerkt, daß das Pressematerial der Zentrale infolge des März-„Krieges“ sehr unvollständig geworden sei, daß heißt, daß viele Vertrauensmänner „abgehängt“ sind.

Wenn wir nun noch hinzufügen, daß in Hamburg kürzlich der kommunistische Staatler aus Berlin in Engelbels Kleinfestsaal vor 800 Zuhörern sprechen mußte, dann begriff man, warum von volkshoheitlicher Seite betrübteste Reaktionsaktionen unternommen werden. Und da man der Wahrheit sehr nicht freundlich gegenüberstand, fällt man regelmäßig mit dem Gegenteil hinein.

Ein anderes Stückchen: Durch die deutschen Volkshoheitblätter geht in den letzten Tagen nachstehender Aufsatz:

Parteigenossen und Sympathisierende! Die Chemnitzer Bauarbeiter, die von dem Hauptverband des Deutschen Bauarbeiterverbandes ausgeschlossen wurden, sind nun vom Internierungsausschuss

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbände.

Feststellungsergebnis vom 13. Juni.

Im Verhältnis zum Mitgliederhundert betrug die Arbeitslosigkeit diesmal 3,45, am vorigen Festtag, allerdings ohne den Bezirk Dresden 3,35.

Table with 3 columns: Bezirk, Zahl der Vereine, In den betreffenden Vereinen, In den betreffenden Vereinen waren am Feststellungstage arbeitslos.

Table with 10 columns: Bezirk, Ingesamt, davon haben berichte, Betrag der Wirtschäftskrisis, In den betreffenden Vereinen, Arbeiter, Hilfsarbeiter, Strengarbeiter, Gläubiger, Stillgelegter, Erwerbslos, Ingesamt.

Arbeitsvermittlung.

Die Bautätigkeit beginnt nach langer Innebanse sich in einigen Bezirken unseres Landes zu beleben.

Um nun den arbeitslosen Mauern Gelegenheit zu bieten, nach den Arbeitsgeboten abzuwandern zu können, erfinden wir die Bezirkseinstellungen und Vereinsvorstände, alle Anforderungen unversäglich an unsere Zentralfstelle für Arbeitsvermittlung gelangen zu lassen.

Dabei ist zu beachten, daß die Zahl der benötigten Mauern oder anderer Berufsgruppen mitgeteilt wird, wie hoch der Stundenlohn ist, ob Unterkunfts- und Verpflegungsmöglichkeiten vorhanden sind und ob etwaige Zureisestellen zurückerwartet werden.

Im Interesse der arbeitslosen Kollegen wird um recht schnelle Berichterstattung gebeten.

Zentralfstelle für Arbeitsvermittlung im Baugewerbe Berlin 80 16, Engelauer 15, Zimmer 56.

Unsere Arbeitsvermittlung im April.

Dem Statistischen Reichsamt sind 7 Nachweise und die Zentralfstelle angeschlossen. Götta und Halle haben nicht berichtet.

Uebersicht über die Vermittlungstätigkeit.

Table with 10 columns: Im Monat April, Maurer, Bauhilfsarbeiter, Bauarbeiter, Straßensarbeiter und Putzer, Stillgelegter, Putzere und Steinholzer, Erwerbslos, Sonstige Arbeiter, Ingesamt.

Von den 299 angeforderten Arbeitskräften sind 280 vermittelt worden; das sind 93,64 auf je 100 Angeforderte.

Die Vermittlung verteilt sich auf die einzelnen Branchen wie folgt: Es wurden vermittelt auf je 100 angeforderte Maurer 86,06, Bauhilfsarbeiter 100, Betonarbeiter 100, Stukkateure und Putzer 89,47, Stillgelegter 100, Stillsetzer und Steinholzer, Erwerbslos 100, sonstige Arbeiter 100.

Arbeitsmarkt.

Maurer werden eingestellt von der Produktivgenossenschaft in Altenburg und von der Produktivgenossenschaft „Grundstein“ in Cöln.

An dem Neubau Diemeltalperre, Post- und Bahnstation Brebelar der Strecke Warburg-Brilon, werden noch etwa 40 Maurer eingestellt.

In Wittweida werden Maurer eingestellt. Zu melden im Vereinsbureau, Schumannstraße 1.

In Neubrandenburg i. Mecklenburg können noch 15 bis 20 Maurer in Arbeit treten.

Berichte.

Bremen. Am 14. Mai wurden von der Lohnkommission an die Unternehmer Lohnforderungen eingereicht.

Die Arbeiterkommission haben die Unternehmer eine Lohnpolitik betrieben, durch die die Löhne unserer Kollegen weit unter die Löhne der Industriearbeiter sanken.

Den die Unternehmer dadurch erreicht haben, ist, daß die Kollegen den Bauberuf verlassen haben.

Es besteht zurzeit bei uns Mangel an gelehrten Arbeitskräften. Die Unternehmer bemühen sich nun, Hand in Hand mit den Industriellen, unsere Kollegen aus der Industrie zu entfernen.

Derliche Verhandlungen, die wir beantragt hatten, wurden von den Unternehmern mit der Begründung abgelehnt, daß nur bezüglich verhandelt werden könne.

Wir haben darauf durch den Bezirk Verhandlungen beantragt, die auch am 27. Mai stattfanden. Statt eine Lohnherabsetzung boten uns die Unternehmer einen Lohnabbau von 5 %.

Dadurch waren die Verhandlungen gescheitert. Am 31. Mai nahmen unsere Kollegen in einer außerordentlich stark besuchten Mitgliederversammlung den Bericht der Lohnkommission entgegen; der Antrag der Unternehmer wurde als eine starke Provokation empfunden.

Inzwischen hatten die Zimmerer die Arbeit eingestellt. Unsere Versammlung beschloß mit 1002 gegen 147 Stimmen den allgemeinen Streik im Hochbaugewerbe.

Ein Antrag, aus tatsächlichen Gründen den Zeitstreik zu wählen, wurde gegen 450 Stimmen abgelehnt. In der Zwischenzeit hatte am 10. Juni das Lohnbezirksamt getagt.

Von diesem wurde der Antrag auf Lohnabbau und auch unser Antrag auf Lohnherabsetzung abgelehnt. Ein darauf eingeleitetes Schiedsgericht brachte für uns kein annehmbares Ergebnis.

Die einmütige Streikabstimmung fuhr nun dem Internierungsausschuss in die Glieder. Die Ausperrung in Mitteldeutschland stößte ihnen jedoch wieder auf ein Hindernis.

Am 12. Mai nahmen unsere Kollegen in der Versammlung die Ausführungen des Herrn Zeymann in der betreffenden Versammlung.

Die Ausperrung in Mitteldeutschland und Braunschweig käme noch hinzu, und dann der Streik in Bremen; das könnte die Gewerkschaften nicht lange aushalten.

Da ist der Wunsch der Vater des Gebanten. Die Klassen schwächen, um dann um so leichter die reaktionären Pläne zur Durchführung zu bringen.

So fiesesfroh auch die Unternehmer waren, so mußten sie doch bald einsehen, daß es besser ist, nicht auszusperren.

Die Unternehmer in Werden, Vegesack und Stade waren gegen die Ausperrung, die von Wilhelmshaven erklärten, daß es ihnen schwerfalle, auszusperren, sie fügten sich aber dem Beschluß.

der Lohnwoche an gezahlt." Am 18. Juni nahmen in einer außerordentlich stark besuchten Mitgliederversammlung unsere Kollegen das Angebot mit 847 gegen 146 Stimmen an. Am 20. Juni wurde in Bremen die Arbeit wieder aufgenommen. Zum Schluss förderte Kollege G ö b e auf, die Geschlossenheit und Einheit, die sich in diesem Kampf gezeigt habe, ferner beizubehalten. Der Wunsch der Unternehmer, die Gewerkschaftskassen zu zerstören, muß verhindert werden. Dazu sei die beste Gelegenheit durch die Einführung der erhöhten Beiträge, die vom Verbandsvorstand und Beirat beschloffen sind. Es ist notwendig, bei der Urabstimmung dafür zu stimmen, daß die Extradate nicht weiter gezahlt werden, um die reaktionären Pläne der Schachmacher zu zerstören.

**Gemüth (Leutkirchen-Klassenbach).** In der am 12. Juni tagenden Zahlstellenversammlung berichtete Kollege Bruno Müller über den Stand des Bezirksvereins Gemüth. Wir können mit dem Erfolg unserer Tätigkeit für die Aufrechterhaltung unserer Organisation sehr zufrieden sein. Als Vorstand unserer Zahlstelle wurden darauf die Kollegen P. Neufuß, Vorsitzender, E. Ernst, zweiter Vorsitzender, Edmund Wisjmann, Schriftführer, Richard Voss, Kassierer, gewählt. Es wurde dann nochmals über die Auflösung des Vereins Gemüth gesprochen, wobei als endgültige Meinung festgesetzt wurde, daß diese Maßregel des Verbandsvorstandes richtig war. Heute zählt unser Bezirksverein 1600 Mitglieder. Unsere Zahlstelle hat gegenwärtig 35 Mitglieder. Von den 88 Mitgliedern, die bei der Auflösung da waren, sind etwa 25 in andere Verbände übergetreten, so daß noch ungefähr 30 die gelbe Karte aus der Gainsfrage haben. Aus den Reihen der Versammelten war zu entnehmen, daß alle Kollegen treu und fest am Verband und zu den Verbandstagsbeschlüssen halten. Unsere Parole muß auch zukünftig sein: Geschlossen sind wir eine Macht, einzeln sind wir nichts!

**Danzig.** Unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Bürgerle trat am 6. Juni das Tarifamt zusammen. Diefem gehörten von Unternehmerseite der Direktor der Reichsfischfabrikgesellschaft, Buchholz, Fabrikbesitzer Neubäder und Regierungsbaumeister Winter, Vertreter der Firma Holzmann, von Arbeiterseite unsere Kollegen Grünhagen, Adam und vom christlichen Bauarbeiterverband Weuster an. Dieses Amt fällt nach sechsstündiger Verhandlung nachfolgenden Schiedspruch:

1. Der bisherige Stundenlohn der im Tarifpertrage vom 15. Februar 1921 zusammengefaßten Arbeitnehmer vom heutigen Tage an um 60 % erhöht. 2. Den Parteien wird eine Frist bis zum 15. Juni einschließlic geftelt, innerhals der sie sich über die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches zu erklären haben. 3. Die Kosten des Schiedsverfahrens haben die Parteien je zur Hälfte zu tragen. Die Vergütung für den Vorsitzenden wird auf 600 M festgesetzt. Die Vergütung der Beifitzer bestimmt jede Partei für sich.

Dieser Schiedspruch wurde von uns in einer am 14. Juni stattgefundenen außerordentlichen Mitgliederversammlung mit 415 gegen 24 bei 3 unglücklichen Stimmen angenommen. Die am gleichen Tage tagende Unternehmerversammlung lehnte den Schiedspruch mit 30 gegen 4 Stimmen ab und zwar mit der Begründung, daß hauptsächlich die Ablehnung erfolgt ist, weil dem Schiedspruch keine schriftliche Begründung beigegeben war, aus der hervorgeht, warum die Zulage von 60 % erfolgt ist. Die Unternehmer hatten zu dem Tarifamt edige Schachmacher entsandt; diese hatten, nachdem sie unsere Gründe für die Lohnerhöhung hörten, keinen Einspruch gegen den Schiedspruch erhoben. Außerdem war ja auch der Arbeitgeberverband durch sehr viele seiner Mitglieder vor dem Tarifamt vertreten und führten diese unsere Gründe. Es wäre ihnen doch allen ein leichtes gewesen, die Gründe, die für das Tarifamt maßgebend waren, um eine Erhöhung des Lohnes einzuwenden zu lassen, den übrigen Mitgliedern mitzuteilen. Für je geftelt mußte man doch die „Neute von Bildung und Weisheit halten. Daß sie dieses können, darüber besteht kein Streit; aber sie wollten nicht und suchten ihre brutale Ausbeutungsfucht durch ein Mäntelchen zu verfangeln. In diesem Vorhaben werden die Unternehmer von dem hiesigen Senat unterstützt. Die Zimmerer haben in Bezug auf einen Schachmacher gespart; durch diese Sperre sind 123 Kollegen von uns in Mitleidenschaft gezogen. Diese Arbeiter sollten unter allen Umständen in der Sperrzeit der Madane in 3 Wochen, fertiggestellt werden. Bis jetzt ist erst ein geringer Teil der Arbeiten verrichtet. Die Hauptarbeit wieder aufgegeben sein müssen. Die Madane betreibt mehrere Mühlen und flicht durch mehrere Dörfer, die durch die Forderung der Madane gesundheitslich gefährdet werden können und die bei Bränden das Wasser aus der Madane nehmen. Alles dies läßt den Senat der freien Stadt Danzig fall. Auf eine Anfrage der sozialdemokratischen Partei im Volkstages erklärte der zuständige Senator Dr. Reßke, früheres Vorstandsmitglied des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe und Vertreter der Firma Baiz & Freytag, der Senat müsse sich nicht in den Streit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Auf die Erwiderung unseres Kollegen Brill, daß ja die Anfrage etwas anderes bezwecke, daß sie die Volksernährung und die Gesundheit der Bevölkerung sichern wolle, erklärte der Senator, daß die Mühlen ja ihren Betrieb auch umstellen können zum Dampftrieb. Also trotz der großen Notwendigkeit nimmt man die finanzielle Last, trotz des Forderung der Madane die gesundheitsliche Gefahr leicht. Auf einen Hinweis, daß die Sache bis Weihnachten dauern würde, sagte er: „Wenn es sein muß, dann ja.“ Dadurch hat der Vertreter des Senats ausdrücklich zu erkennen gegeben, daß er seine früheren Kollegen in ihrem Unternehmen gegen die Allgemeinheit unterstützt. Es gibt wohl mehrere Städte in Deutschland, in denen die Bevölkerung unter dem Wohnungsgeld so leidet, wie hier in Danzig. Und dann noch diese Gensinstrial! Nachdem nun auf friedlichem Wege der Schiedspruch nicht zur Anerkennung zu bringen war, beschloß am 21. Juni eine in Danzig tagende außerordentliche Mitgliederversammlung mit 952 Stimmen, ebenso die Versammlungen in Lissa und Poppo, am 22. Juni die Arbeit einzustellen. Das ist geschehen. Wir bitten die Kollegen, uns mitzuteilen, wo noch Maurer eingestellt werden.

**Halberstadt.** Einen schweren Stand hatten die hiesigen Kollegen in den letzten Monaten gegenüber den baugewerblichen Unternehmern. Seit 4 Monaten wurde verhandelt, und immer wieder versuchten wir, friedlich zu einer Einigung zu kommen. Die Unternehmer erklärten stets, sich nur einem Sprudle des Bezirkslohnamtes zu fügen. Da aber bei diesem unsere Wünsche nicht berücksichtigt wurden, was ja bei der Leitung und Zusammenfassung des Bezirkslohnamtes leicht erklärlich ist, wurde am 20. Juni einmütig beschloffen: Die Unternehmer sind zum 21. Juni, früh 9 Uhr, zu einer Sitzung einzuladen. Aus jedem Baugeschäft soll ein Kollege an dieser Verhandlung teilnehmen, ferner der Bezirksvereinsvorstand. Am 10 Uhr verlassen alle Kollegen die Baustellen und begeben sich zum Gewerkschaftshaus, um zu hören, was das Ergebnis der Verhandlungen ist. Dann soll über Weiterarbeit oder Streit beschloffen werden. — 9 Unternehmer kamen zur Verhandlung, 3 blieben fern, darunter auch der Vorsitzende der Unternehmer. Wir forderten von den Unternehmern eine Erklärung über unsere Forderungen. Davon sollte es abhängen, ob unsere Kollegen wieder zur Arbeit gingen oder ob der Streit erklärt wird. Nach einmütiger Verhandlung kam folgende Vereinbarung zustande: Der Stundenlohn beträgt für Gesellen 6,10 M, für Bauhilfsarbeiter 5,95 M, für Kalk- und Steinträger ebenfalls 6,10 M. Den Lohnausfall wegen der Versammlung um 10 Uhr tragen die Unternehmer. Vom 15. August an soll der Lohn unserer Forderung entsprechen. Wir forderten zwar sofort 6,50 M beziehungsweise 6,35 M. Erklärend erklärten unsere Unterhändler, daß sie in der Versammlung für die vorstehende Vereinbarung eintraten würden. In der Versammlung wurde denn auch der Vorschlag angenommen, und um 11 Uhr klangen fast auf allen Baustellen unseres Schachmachers, des Maurermeisters Weushäuten. Dieser soll verurteilt werden, telephonisch mehrere Unternehmer von der Verhandlung zurückzuhalten. Weiter hat er bei der Forderung des Bezirkslohnamtes im Falle der Verurteilung einen Lohnausgang von 20 % durchzuführen. Da auch sonst keine „Arbeiterfreundlichkeit“ im hiesigen Bereich bekannt ist, beschloffen die Kollegen, bei ihm nicht mehr zu arbeiten. Er mag hier sein Bündel als Unternehmer schnüren. Die Bauarbeiterchaft hat wieder einmal erlebt, wie groß die Macht einer streifen Organisation ist.

**Leipzig.** (Unhaltbare Zustände im Zementbaugewerbe.) Bei jedem Vertragsabschluss mußten wir die Wahneinigung machen, daß die Zementbaugewerke, die als Sondergruppe dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe angegeschlossen sind, ihre Sonderwünsche bei den Verhandlungen nicht herbeizubringen, wodurch die Kollegen in reinen Baugeschäften benachteiligt wurden, besonders in der Ausfüllungsfrage. Mühen wir doch sogar beim vorjährigen Vertragsabschluss die Wahneinigung machen, daß, nachdem sich die Verhandlungskommission über den Satz von 12 M Ausfüllung täglich einig war, Herr Spillater, Dresden, als maßgebende Person und Kommissionsmitglied der Zementbaugewerke, der umständlicher an der Verhandlung nicht bis zum Schluß teilnehmen konnte, es fertigbrachte, den Satz, den die Kommission festsetzte, wieder zu Fall zu bringen mit der Begründung, daß die Zementbaugewerke eine Ausfüllung in der Höhe von 12 M täglich nicht ertragen könnten. Auch dadurch, daß die Zementbaugewerke auswärts immer längere Zeit in Anspruch nahmen und die Arbeiter sich aus diesem Grunde Urlaubsgeld für längere Zeit verschaffen könnten, wäre eine Ausfüllung von 12 M nicht am Plage. Kollegen, die gegungen sind, auswärtige Arbeit anzunehmen, werden an eigenen Reibe verspüren, ob es überhaupt unter den gegenwärtigen Verhältnissen möglich ist, mit dem Satz, den die Zementbaugewerke als Ausfüllung zollten, 10 M für Verdienste und 8 M für Löhne, für die Dauer auszukommen, wenn sie nicht ganz bedeutende wirtschaftliche Nachteile gegenüber den in der Heimat beschäftigten Kollegen erleiden wollten. Hier müßte unserer Auffassung nach noch einmal ernstlich die Frage aufgeworfen werden, ob es nicht zweckmäßig ist, die Ausfüllungsfrage im Zementbaugewerbe einheitlich für das ganze Reich zu regeln, um ein Ausfüllungen gegeneinander auszuschießen, weil dieses Gewerbe als Wandergewerbe zu betrachten ist. Ein noch traurigerer Zustand hat sich bei den Baugeschäften in Leipzig bemerkbar gemacht, dadurch, daß verschiedene Zementbaugeschäfte dazu übergehen, ihnen ein gewerbliches Recht nicht zuzufest. Eine Klage wurde unter der Führung der Baumeister für Leipzig und der Gewerbestammer hatte den Erfolg, daß sich die Prüfung und auch die Gewerbestammer unserm Standpunkt angeschlossen, das heißt, daß den Zementbaugeschäften ein Recht zur Lehrlingsausbildung nicht zuzufest, weil erlens ein sachgemäße Ausbildung eines Zimmererlehrlings am brauchbarsten ausgeführt ist, zweitens ist der Zementfacharbeiter als ein aus dem Baugewerbe hervorgegangener angelernter Arbeiter zu betrachten, der nach längerer Tätigkeit, wenn er die Fähigkeiten hat, alle vorkommenden Zementfacharbeiten ausführen zu können, als Facharbeiter (gelernter Arbeiter) anzusehen ist. Soweit es uns betrifft, aus Zementbaugeschäften anzunehmen. Es bedürfen sich deshalb die Lehrlinge in Zementbaugeschäften in einem wilden Lehrverhältnis. Es ist uns gelungen, die Lehrlinge, soweit sie uns bekannt wurden, aus den Zementbaugeschäften wegzunehmen und sie den Baugeschäften auszuführen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, sich als Maurer auszubilden zu können. Auch die Zimmererorganisation hat diesen Weg beschritten, aber trotzdem müssen wir immer wieder die Wahneinigung machen, daß einzelne Geschäfte Lehrlinge einstellen, wozu natürlich auch die Unternehmern der Eilen beitragen. Es wäre wünschenswert, daß in erster Linie die Betriebsverteilungen und die im Zementbau beschäftigten Kollegen darauf hinarbeiten, Lehrlingsstellen vorzubereiten beziehungsweise sich sofort mit dem Eilen dieser Lehrlinge in Verbindung zu setzen und sie auf die Gefahren, die den jungen Leuten für die Zukunft entstehen, aufmerksam zu machen. Wir bitten die Kollegen im Lande, diese unsere kurze Schilderung zu beenden.

**Nebra.** Wir führen seit längerer Zeit einen hartnäckigen Kampf mit dem hiesigen Unternehmer Meinede. Dieser, durch

den Fleiß der hiesigen Bauarbeiter an Kapital groß gewordene Mann versuchte immer wieder, uns den Lohn (5 M pro Stunde) nicht zu zahlen, den er bei Vergleichsverhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß anerkannt hatte. Er brachte es soweit, daß unsere Bezirksleitung in Eufurt ihn im Auftrage von 26 Bauarbeitern vor dem Amtsgericht zur Lohnnachzahlung verklagen mußte. Nun hatte er auf einmal die „arme“ Meinede Geld. Ein Rechtsanwalt aus Naumburg mußte ihn in 4 Terminen vor dem Amtsgericht Nebra vertreten. Das tat der sichtlich nicht umsonst; denn Meinede hat Geld, viel Geld, wenn es vor Gericht geht. Aber es half nichts, wenn auch Meinede seinen Arbeitern nicht selbst gegenübertrug; er muß zahlen und hat die nicht geringen Kosten noch dazu. Ja, so rechtlos sind die Bauarbeiter doch nicht mehr wie früher, als der Unternehmer mit ihnen machen konnte, was er wollte. Wenn nun unsere Mitglieder im Besitz ihres sauer verdienten Lohnes sind, wenn haben sie es zu verdanken? Unserm Verband und der laifaktigen Unterstützung unserer Bezirksleitung. Gibt es daher eine andere Aufgabe, als für unsern Verband zu wirken? Schon entpinnen sich weitere Streitigkeiten. Der Unternehmer Clausing, Schönherda, der ebenfalls mit uns den Vergleich vor dem Schlichtungsausschuß abschloß, kürzt den Lohn. Hier in diesem Gebiet haben es die Unternehmer schon leichter, mit den Arbeitern nach ihrem Willen umzugehen; denn hier gibt es Synthaltsen, die zwar furchtbar schimpfen auf unsern Verband und dessen Einrichtungen, aber selbst unfähig sind, etwas zu erlösen. Diesen Schmachern der Arbeiterbewegung stellt der Mannesmut; nur Uneingigkeit können sie jagen, das ist ihre Kunst. Damit auch in Schönherda Bezirk die Bauarbeiterchaft nicht nach der Pfeife des Unternehmers Clausing tanzen muß, es ist nur ein Mittel, das ist unser Verband, der die Unternehmer noch immer in ihre Schranken wies. Die Organisation zu stärken, ist darum Pflicht aller Kollegen im Vereinsgebiet Nebra; die Zeitverhältnisse erfordern es dringlich.

**Marienwerber.** Die bisherigen Verhandlungen in Sedlitz haben zu keinem Ergebnis geführt. Der Unternehmer Kirjchle will mit der Arbeiterorganisation nicht verhandeln. Wir haben darauf den Betriebsrat beauftragt, seinerseits Verhandlungen zu beantragen. Von diesem verlangen der Unternehmer, bevor es zu Verhandlungen komme, sollten die Arbeiter aus der Organisation austreten. Er meinte, dann würde man sich schon einig werden. Sein sonstiges Angebot war so gering, daß die Kollegen ihre Zustimmung nicht geben konnten. Diese Ablehnung fuhr dem „Herrn“ so in die Krone, daß er alle bei ihm beschäftigten Kollegen entließ. Zugug nach Sedlitz ist fernzuhalten.

**Radolitz.** Die hiesigen Maurer und Gipfer stehen mit den Unternehmern in Lohnstreitigkeiten. Wir bitten, den Zugug fernzuhalten.

**Strasund.** Seit 4 Wochen stehen die hiesigen Kollegen im Streit. Wir ersuchen alle Kollegen, uns bei der Festhaltung des Zuguges beistehend zu sein.

**Wistitz (Magnit).** Eine Mitgliederversammlung beschloß sich am 13. Juni mit dem Schiedspruch des Bezirkslohnamtes. Nach diesem Schiedspruch wurden die hiesigen Kollegen eine Lohnerhöhung von 27 % pro Stunde zu fordern haben. Seit dem 20. Mai haben wir somit eine Lohnerhöhung von 62 % bekommen, so daß wir gleich den Kollegen in dem Vereinsgebiet Wistitz einen Stundenlohn von 5,00 M haben. In Magnit besteht keine Unternehmerorganisation. Nur ein Unternehmer ist dem Arbeitgeberbund angegeschlossen, der auch die Arbeitervereinigungen annahm. Die beiden verhalten sich still. Zwar zahlen sie dort, wo unsere Kollegen nachkommen, die neuen Lohnsätze, weigern sich aber, mit uns zu verhandeln und die neuen Bedingungen zu unterzeichnen. Das heißt, sie warten auf eine für sie günstigere Zeit, um dann niedrigeren Löhne zu diktieren. Bisher hat jeder ein Teil der hiesigen Kollegen geschlossen. Nun haben aber andere Kollegen mit aufergebender Kraft für die nötige Auffassung gefordert, so daß die Mitgliederzahl dauernd steigt. Allen Kollegen müssen wir sagen, daß sie sich dem hiesigen Bauarbeiterverband anschließen müssen. Da zu befürchten ist, daß die unorganisierten Unternehmer beschuldigen werden, den Lohn wieder zu kürzen, so ersucht die Lohnkommission weitgehende Vollmacht, um allen Möglichkeiten entgegenzutreten zu können. Leider ist hier der Einbruch entstanden, als wenn wir von der Vereinsleitung in Wistitz ein wenig stiefmütterlich behandelt werden. Wir wünschen, daß bei allen wichtigen Entscheidungen Vertreter der Zahlstellen zur Beratung hinzugezogen werden. In der Versammlung wurde auch lebhaft Klage geführt über die Sabotage des Achtstundentages. Sogar im Stadtparlament, dem auch Kollegen von uns angehören, wurde kürzlich empfohlen, an 2 städtischen Bauten, die in eigener Regie ausgeführt werden, statt 8 Stunden deren 12 zu arbeiten, um die Käufer früher beziehen zu können. Die Achtstundentagsabotage wird bei dieser Gelegenheit noch gelobt worden. Ob sie sich dieses Lobes freuen? Nachstehende Entschließung wurde einstimmig angenommen: „Die am 13. Juni in Magnit tagende Bauarbeiterversammlung hat Kenntnis genommen von den vorliegenden Verhältnissen gegen das Gesetz und unsere Sehungen, betreffend den Achtstundentag. Sie beurteilt die Handlungsweise der in Betracht kommenden Bauarbeiter auf das empfindlichste und wird zukünftig gegen diese Leute mit Strafanzeigen und mit dem Ausschluß aus der Organisation vorgehen. Alle Kollegen sind verpflichtet, ein nachdrückliches Auge auf die Sünder zu haben und die Verstöße der Vereinigung zu melden. Ausnahmen sind nur dann zulässig, wenn der Betriebsobmann der Baustelle die Einwilligung der Zahlstellenleitung eingeholt hat, die nur dann erteilt werden soll, wenn Notarbeiten oder Arbeiten deren technisches Gelingen von der Heberarbeit abhängig ist, vorliegen. Von diesen Bestimmungen sind alle Werke mit nachstehendem Betriebe, die Bauarbeiter in eigener Regie beschäftigen, ausgenommen.“

**Zwickau.** Nach einem Vortrage des Kollegen J a c o b, Leipzig, beschloß eine auf besuchte Versammlung die Gründung einer Bauhütte nach dem Muster der sozialisierten Baubetriebe. Der Bezirksverein wird sich zunächst mit 40 000 M beteiligen. Der Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes will Herrn Dr. Wagner zu einem besonderen Vortrage einladen, um alle hiesigen Gewerkschaftsorganisationen zu Trägern des sozialisierten Betriebes „Bauhütte“ zu gewinnen.

Zum Bezirkstag Hannover.

In Nr. 22 des „Grundstein“ ist eine Einfindung aus...
Waffenbützel abgedruckt, die sich mit den Beschüssen unserer...
Soziale Sicherung des Arbeiters...
Wir sind uns...
Waffenbützel.

Der schwarze Erdteil im roten Sachsen.

In der am 24. April 1921 stattgefundenen Vertreter-
versammlung des Bezirksvereins Dresden wurde mir...
ehrenvolle Aufgabe, meine Arbeitstätigkeit in der säch-
sischen Arbeiterschaft zu beenden.
Nun ging es in den folgenden Tagen und Wochen...
auf den Baustellen zu.
Das war bei diesen...
Wochen...
Nun ging es in den folgenden Tagen und Wochen...
auf den Baustellen zu.
Das war bei diesen...
Wochen...
Nun ging es in den folgenden Tagen und Wochen...
auf den Baustellen zu.
Das war bei diesen...
Wochen...

der Festung, in der heute noch Stundenlöhne für Maurer...
von 4,80 M gegahft werden, einzubringen.
Der Anfang...
hierzu ist gemacht, doch dürfte es ein sehr steiniges Feld...
sein, das beackert werden muß.

Sermann Lehmann, Ottenhof-Ostrilla.

Internationale Bauarbeiterbewegung. Holland.

Die Arbeitsvermittlung für deutsche Bauarbeiter nach...
Holland, wobei bisher besonders Stukkateure in Betracht...
kamen, ist vorläufig ganz eingestellt.
Die holländische Unternehmerorganisation hat die Verein-
barung über die Vermittlung von Facharbeitern nicht...
erneuern wollen.
Die Unternehmer wollen nun in Deutsch-
land Bauarbeiter ohne gewerkschaftliche Mitwirkung...
anwerben.
Beabsichtigt ist, dadurch in Holland ein...
Ueberangebot von Arbeitskräften herbeizuführen, um so...
auf die holländischen Kollegen einen Druck ausüben zu...
können.
Wir warnen unsere Mitglieder drin-
gend, irgendwie private Angebote holländischer...
Unternehmer anzunehmen.
Kein deutscher Stukka-
teur oder Maurer darf nach Holland gehen ohne die...
Vermittlung unseres Verbandes.
Näheres wird stets...
rechtzeitig im „Grundstein“ bekanntgegeben werden.
Zunächst gilt es, den holländischen Kollegen gegenüber...
die Solidarität hoch zu halten.

Frankreich.

Der Bauarbeiterverband von 1914 bis 1921.
Auf dem Kongreß des französischen Bauarbeiter-
verbandes, der vom 15. bis 21. Mai in Dijon stattgefunden...
hat, kam es nach einer stürmischen und langen Debatte,
die den größten Teil des Kongresses in Anspruch nahm,
zum Sturz der seitherigen Verbandsleitung und zum...
Sieg der syndikalistisch-kommunistischen Richtung.
Wenn die Wiederaufbauverhandlungen, die gegenwärtig...
zwischen deutschen und französischen Regierungs-
vertretern im Gange sind, zu einem günstigen Abschluß...
kommen, worüber freilich noch einige Zeit verstreichen...
wird, dann gehen vielleicht auch deutsche Bauarbeiter...
nach Frankreich, um an dem Wiederaufbau der zerstörten...
Gebiete zu arbeiten.
Es ist deshalb, von allen andern...
Gesichtspunkten abgesehen, notwendig, daß sie mit dem...
Milieu, in dem sie arbeiten sollen, bekannt sind und ganz...
besonders mit den inneren Wandlungen der französischen...
Bauarbeiterorganisation.

Bis 1914 herrschte bei den französischen Bauarbeitern,
wie in der französischen Gewerkschaftsbewegung im...
allgemeinen, der Syndikalismus.
Darunter ist in...
Frankreich die Auffassung zu verstehen, daß die Gewerks-
schaften weder für die Verbesserung der Arbeitsbedin-
gungen noch für die allgemeinen sozialen Forderungen...
der Unterstützung einer Partei bedürfen: „die Gewerks-
schaften genügen sich selbst.“
Ihr Ziel, die Beseitigung...
des Kapitalismus, hofften sie mittels des Generalstreiks...
zu erreichen.
Nach dieser Auffassung waren die Gewerks-
schaften nur die Kerntuppen der Revolution, die die...
großen Massen in ständigen Kämpfen bis zum revolutionä-
ren Generalstreik trainieren sollten.
Als Voraussetzung...
galt eine große Beweglichkeit der Organisation.
Also...
keine starken Organisationen, keine strengen Zentral-
organisationen, keine hohen Beiträge, keine hohen Kassen-
bestände.
Absolute Selbstständigkeit der Lokalorganisationen...
(Syndikate), die Zentrale nur Vermittlungsorgan für die...
lokalen Kämpfe und Agitationszentrum, revolutionärer...
Kampf immer und überall, besonders gegen den Militarismus...
Generalstreik gegen den Krieg.

In Wirklichkeit hatte diese Theorie, auf deren...
geschichtlichen Ursprung wir hier nicht eingehen können,
bis 1914 in der Praxis schon viele wesentliche Milderungen...
erfahren.
Der allgemeine Bauarbeiterverband, der Ostern...
1907 gegründet worden war, und alle Bauarbeiterberufs-
gruppen, von den Erdarbeitern bis zu den Dachdeckern,
von den Hilfsarbeitern bis zu den Bautechnikern, umfaßt,
war einerseits gezwungen, den besonderen Interessen der...
einzelnen Berufsgruppen Rechnung zu tragen, andererseits...
auf die Stärkung der Organisation bedacht zu sein, um...
den Berufsgruppen das Verbleiben in der Gesamt-
organisation auch wertvoll erscheinen zu lassen.
Und schließlich hält keine Arbeiterschaft auf die Dauer eine...
revolutionäre Taktik aus, wenn diese nicht sofortige Ver-
besserungen ihrer Lage bringt, wozu oben eine starke,
auch finanziell gefestigte Organisation gehört.
Aber wenn...
der monatliche Zentralbeitrag von 10 auf 35 Centimes...
(damals 28 M), der Lokalbeitrag auf durchschnittlich...
1,50 bis 2 M monatlich gestiegen war; wenn die Kämpfe...
in der Hauptsache auch nur Kämpfe um die Verbesserung...
der Arbeitsbedingungen waren, und die sogenannte...
revolutionäre Aktion sich auf die Veröffentlichung von...
Manifesten und die Abhaltung von Versammlungen be-
schränkten, die niemandem wehe taten; die syndikalistische...
Theorie war der Leitgedanke der Gewerkschaft geblieben.

Da kamen die unheilsvahngenen Tage von Ende...
Juli 1914 und mit ihnen der Zusammenbruch des...
Syndikalismus.
Der Bauarbeiterverband zählte...
damals in ganz Frankreich 50-55 000 Mitglieder, das...
heißt diese waren nur eine kleine Minderheit, kaum...
10%, in der Masse der Indifferenten.
Und diese 10%,...
meist junge, kräftige Leute, wurden selbst, als die Mobil-
machung dekretiert wurde, unter die Fahne gerufen.
Der verbleibende Rest war völlig ohnmächtig und dachte...
schon deshalb an keinen Generalstreik, weil in der letzten...
Juliwoche, infolge der Geldpanik und des Moratoriums...
(Einstellung aller Zahlungen) die Bauarbeiter entlassen...
wurden.
Die Pariser Bauarbeitersyndikate, im Verein...
mit andern, gaben wohl ein Manifest gegen den Krieg...
heraus und veranstalteten auch eine öffentliche Demon-
stration, aber sie waren völlig ohnmächtig, die zermal-
mende Wucht der Kriegsmaschinerie aufzuhalten.
Der...
Syndikalismus, der auf den Generalstreik basiert war,
erhielt den Todesstoß.

Die Organisation war durch den Krieg zunächst so...
gut wie weggekehrt; sie hatte in Wirklichkeit...
aufgehört zu existieren.
Nur die Zentrale...
versuchte es mit einer Aktion zugunsten der Arbeitslosen...
und der Familien der Kriegsteilnehmer.
1915 war die...
Organisation wieder auf 74 Syndikate und 1840 Mitglieder...
(oder kaum 20 Mitglieder pro Syndikat) gestiegen; 1916...
auf 86 und 3394 Mitglieder; 1917 auf 112 und 9530 Mit-
glieder.
Dann stieg die Mitgliederzahl bis Mai 1918 auf...
14 850, um im Juni plötzlich auf 9800 zu sinken.
Diese...
Stagnation, die auf die damals mit großer Erbitterung...
geführten inneren Kämpfe zurückzuführen ist, hielt bis...
zum Kriegsende an.

Erst vom 2. Quartal 1919 an begann ein Aufstieg,
wie ihn die französische Gewerkschaftsbewegung noch...
nicht gekannt hatte.
Dieser Aufstieg, der nur mit einer...
Springflug verglichen werden kann, hielt bis April 1920...
an.
Damals waren 186 000 Mitglieder im französischen...
Verbande.
Im Juni waren es nur mehr 85 000.
Am...
Schluß des 1. Quartals 1921, nach einer außerordentlich...
intensiven Agitation, in deren Verlauf von der Zentrale...
allein 1400 Agitationsversammlungen organisiert worden...
sind, war die Mitgliederzahl mühsam wieder auf 65 000...
gestiegen.
Das heißt, die französische Bauarbeiterorga-
nisation steht ungefähr da, wo sie bei Kriegsausbruch...
stand.
In Wirklichkeit ist die Situation schlimmer.
Wohl...
ist der Zentralbeitrag auf 1 Fr. monatlich erhöht worden,
wohl stieg der Kassenbestand der Zentrale von 72 155 Fr.
Ende 1918 auf 304 568 Fr. Ende 1920; aber die Organi-
sation ist heute innerlich zerserrt, somit nach außen...
aktionsunfähiger, als sie es 1914 gewesen ist.

Um diese Schwankungen in der Organisation zu er-
klären, genügt es nicht, auf die äußeren Ereignisse hin-
zuweisen.
Gewiß haben auch diese ihren Anteil daran.
Nirgends hat der Krieg verheerender auf die Produktion...
gewirkt als in der Bauindustrie.
Die steigende wirtschaf-
tliche, die der Krieg erzeugte, und die in der Folge...
wachsende Unzufriedenheit trieben die Arbeiter wieder in...
die Organisation.
Dann kam endlich die Einstellung der...
Feindseligkeiten, die Demobilisierung.
Die Organisationen...
füllten sich wieder auf.
Darüber hinaus machte sich aber...
das lang zurückgedämmte Gefühl der Empörung gegen die...
bestehende Ordnung geltend, eine Art Racheepidemie...
der Massen gegen die Herrschenden und Besitzenden, die...
viereinhalb Jahre lang Millionen zermalmen ließen.
Vor diesen Massen, die sich an Tod und Schmerzen gewöhnt...
hatten und die Zerstörung des menschlichen Besitzes als...
eine alltägliche Erscheinung betrachteten, vor diesen plötz-
lich der Freiheit wiedergegebenen, aber der Selbstverant-
wortung wie der Furcht entwöhnten Massen hatten die...
Besitzenden Angst.
Widerstandlos wurde...
Lohnerhöhung auf Lohnerhöhung gewährt, der Acht-
stundentag ohne Debatte in einer einzigen Kammerstzung...
beschlossen, und dieser Antrag verdankte wir den ein-
zigen, wirklich wertvollen Teil des Friedensvertrages,
den Abschnitt XIII, der von der Organisation der Arbeit...
handelt.

Die Gewerkschaftsführer, die 4 Jahre lang sich wie...
die Prediger in der Wüste abgemüht hatten, konnten sich...
kaum der zuströmenden Massen erwehren und mussten...
oft, wenn auch vergebens, sich den manchmal unforschen...
Lohnforderungen zu widersetzen versuchen.
Der Zu-
sammenbruch der syndikalistischen Taktik am Kriegs-
beginn hatte die Leiter der Organisation darüber belehrt,
daß man, um revolutionäre Forderungen durchsetzen zu...
können, eine gutorganisierte zielklare Masse hinter sich...
haben müsse und nicht eine Menge von Neugierigen und...
Gaffern, die man zusammenrommelt, die aber ebenso...
schnell wieder auseinanderläuft.
Die Chauvin, Charbonnier,
Cordier, Mourgues usw. hatten also Pläne und Programme...
ausgearbeitet, um die ganze Organisationsarbeit zu...
systematisieren.
Auf die haltlosen und gehaltlosen...
Tiraden zu verzichten, dazu zwang sie schon der Be-
lagerungszustand.

Mit dieser neuen Taktik stießen sie jedoch auf den...
Widerspruch, besonders der meisten Pariser Syndikate,
die weiter im anarchosyndikalistischen Fahrwasser...
schwammen.
Der einzige Verbandskongreß, der während...
des Krieges stattfand (Juli 1918), war völlig ausgefüllt...
mit der Debatte über diese Schwankung.
Nicht anders...
war es auf dem nächsten Kongreß (Tours, November 1919).
Wenn auch mit knapper Mehrheit, so war es der Ver-
bandsleitung doch immer gelungen, sich durchzusetzen.
Allerdings waren die Konflikte zwischen der Verbands-
leitung und den meisten Pariser Syndikaten immer heftiger...
geworden.
Wir können hier nicht auf Einzelheiten eingehen.
Wir führen nur als Illustration an, daß die meisten Pariser...
Syndikate ihren Mitgliedern verboten, ein Amt als Beisitzer...
oder als Funktionär im Verbandsvorstand anzunehmen,
und diejenigen ausschlossen, die sich dem nicht fügten.
So wurde der zweite Kassierer des Verbandes, Viau,
vom Pariser Maurersyndikat ausgeschlossen, desgleichen...
vom Syndikat der Bauschlosser der Gauleiter des 24. Gaues.
Die stürmische, ungezügelter Entwicklung der Organisation...
ließe sich am besten durch die Zahl der Streiks und...
Lohnbewegungen aufzeigen.
Leider führt der französi-
sche Verband keine Statistik über die Lohnbewegungen,
und auch die Streikstatistik ist noch mangelhaft.
Immer-
hin läßt diese einige Schlüsse zu.
Vom 1. August 1914...
bis 31. Dezember 1918 fanden im ganzen 24 Streiks statt.
(1914 und 1915 überhaupt keiner, 1916 nur 9, 1917 ebenso-
viel, 1918 nur 6.)
Dagegen fanden 1919 nicht weniger...
als 129 Streiks statt.
1920 stieg die Zahl der Streiks auf 168.
Während jedoch vom 1. Januar bis 30. April 1920 119 Streiks...
stattfanden, fielen auf die übrigen 8 Monate nur 49 Streiks.
Darin drückt sich der Zusammenbruch aus, der im Mai 1920...
eintrat.
Während des ersten Quartals 1921 verzeichnet...
die Streikstatistik nur 2 Streiks!

Über das Resultat der Streiks liegen uns nur Angaben...
über die Periode während des Krieges vor und über die...
Periode vom 1. September 1919 bis 31. März 1921.
Die...
Statistik der dazwischen liegenden Periode ist unbrauchbar,
weil die noch völlig ungeschulten Organisationen es in...
den meisten Fällen für überflüssig hielten, statische An-
gaben zu machen.
Die 24 Streiks während des Krieges...
entboten 16 mit vollem, 6 mit teilweisem und 2 ohne Erfolg.

